

**D I K T A T
U R U N D D
E M O K R A
T I E I M Z
E I T A L T
E R D E R E
X T R E M E**



Auswärtiges Amt

**Diktatur und Demokratie
im Zeitalter der Extreme.**
Streiflichter auf die Geschichte
Europas im 20. Jahrhundert

Eine Ausstellung
des Instituts für Zeit-
geschichte, von
Deutschlandradio Kultur
und der Bundes-
stiftung Aufarbeitung,
präsentiert vom
Auswärtigen Amt

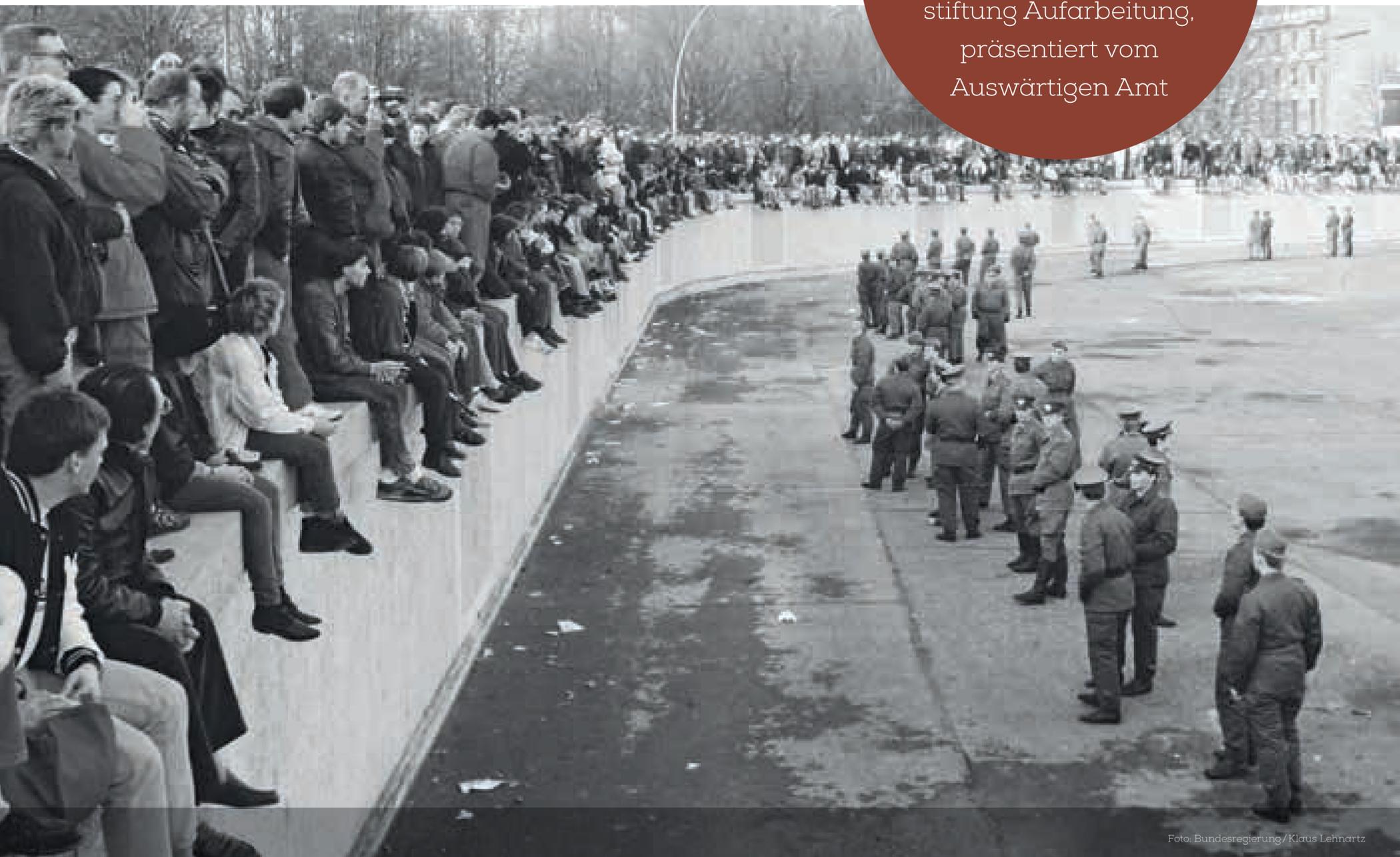


Foto: Bundesregierung / Klaus Lehnartz

Die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts

Am 28. Juni 1914 wurde der Thronfolger Österreich-Ungarns in Sarajewo erschossen. Das Attentat löste eine diplomatische Eskalation und militärische Eigendynamik aus. Deutschland, das zur Weltmacht aufsteigen wollte, trug dafür eine hohe und mitentscheidende Verantwortung. Dies war der Beginn des Ersten Weltkriegs, in dem Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien sowie das Osmanische Reich gegen fast alle Staaten Europas und später auch die USA kämpften. Die europäische Arbeiterbewegung, die zuvor noch vor dem drohenden Krieg gewarnt hatte, konnte das Geschehen nicht maßgeblich beeinflussen.

Deutschland strebte nach der Vorherrschaft in Kontinentaleuropa und plante vor allem im Osten umfangreiche Annexionen. Aber auch die anderen europäischen Großmächte verbanden

mit dem Krieg imperiale Machtinteressen. Als die Westfront bereits 1914 in einem Stellungskrieg erstarrte, der zur menschenmordenden Materialschlacht wurde, folgte auf die anfängliche Kriegsbegeisterung Ernüchterung auf allen Seiten. 1916 starben allein in der Verdun- und Somme-Offensive über eineinhalb Millionen Menschen. Der Erste Weltkrieg war der erste industrielle Krieg in Europa, in dem Menschen mit Maschinengewehren, Panzern, Flugzeugen und U-Booten, mit Flammenwerfern und Giftgas massenhaft vernichtet wurden. Rund neun Millionen Soldaten verloren ihr Leben. Noch nie hatte bis dahin ein Krieg in Europa so viele zivile Opfer gefordert: Ihre Zahl wird auf sechs Millionen geschätzt. Die Gewalterfahrung des Krieges sollte die Menschen nachhaltig prägen und sich als schwere Belastung für das Nachkriegseuropa erweisen.



Deutsche Infanterie auf dem Weg in die Schützengrabenstellungen bei Verdun Anfang 1916. Die Schlacht dauerte vom 21. Februar bis 20. Dezember 1916 und wurde aufgrund der monatelangen brutalen Kämpfe zum Symbol für die tragische Ergebnislosigkeit des Stellungskriegs.

Foto: picture-alliance / ZB

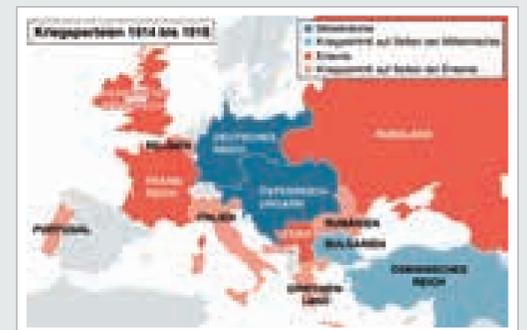
Giftgas hatte im Ersten Weltkrieg keine kriegsentscheidende Bedeutung. Der Schrecken, den der massenhafte Giftgaseinsatz auf die Soldaten hatte, sollte bei den Überlebenden jedoch noch lange fortwirken. Das Foto zeigt britische Soldaten am Maschinengewehr.

Foto: picture-alliance / Mary Evans Picture Library / Robert Hunt Collection



Unmittelbar nach seinem tödlichen Schuss auf den Thronfolger Österreich-Ungarns Erzherzog Franz Ferdinand wird der 20jährige serbische Nationalist Gavrilo Princip festgenommen. Seine Tat am 28. Juni 1914 wurde zum Ausgangspunkt des Ersten Weltkriegs.

Foto: bpk 30.008.629



Die europäischen Kriegsparteien des Ersten Weltkriegs.

Grafik: picture-alliance / dpa-infografik / Andreas Brühl



Der französische Sozialistenführer und Pazifist Jean Jaurès, der sich im Sommer 1914 entschieden für Frieden und einen Ausgleich mit Deutschland ausgesprochen hatte, wurde am 31. Juli 1914 in Paris von einem französischen Nationalisten ermordet. Die SPD stimmte den Kriegskrediten zu, weil sie im russischen Zarenreich den eigentlichen Aggressor sah. Die französische und britische Arbeiterbewegung hingegen betrachtete den Krieg als einen Verteidigungskrieg gegen den deutschen militärischen Despotismus.

Foto: picture-alliance / akg-images



Mobilmachung im August 1914 in Deutschland: Soldaten winken in euphorischem Glauben an einen schnellen Sieg aus den Fenstern eines Zugs.

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-R34635, Fotograf: o. Ang.



Soldaten in einem deutschen Schützengraben nahe Ivangorod im besetzten Polen, 1915. Zu den Kriegszielen des Deutschen Reichs zählte im Osten die Herrschaft über Polen sowie über Teile des Baltikums.

Foto: picture-alliance / dpa



Mit dem deutschen Einmarsch im neutralen Belgien begann am 4. August 1914 der Krieg. In den ersten Wochen der Besatzungsherrschaft ermordeten die deutschen Truppen tausende belgische Zivilisten. Auf dem Foto marschieren deutsche Marineinfanteristen in Brüssel ein.

Foto: picture-alliance / Mary Evans Picture Library



Der Beginn eines neuen Zeitalters

Im April 1917 traten die USA in den Krieg ein, nachdem Deutschland den uneingeschränkten U-Boot-Krieg im Atlantik wieder aufgenommen hatte. Dieser hatte bereits 1915 das Leben von US-Bürgern gefordert. Die schier unerschöpflichen Ressourcen der USA sollten für die Westmächte kriegsentscheidend werden. US-Präsident Woodrow Wilson rechtfertigte den Krieg als ideologische Entscheidungsschlacht für Demokratie und Freiheit. Nachdem der Zar gestürzt worden war, schien sich ab März 1917 auch Russland diesem Freiheitskampf anzuschließen. Doch schon im November wurde die liberale Übergangsregierung von den kommunistischen Bolschewiki in einem Staatsstreich entmachtet. Trotz sofort eingeleiteter, weitreichender sozialer Reformen und des Versprechens auf einen raschen Friedensschluss sprach sich bei den Wahlen

zur Nationalversammlung im November 1917 nur ein Viertel der Wähler für die Bolschewiki aus. Diese lösten daraufhin die Nationalversammlung auf und errichteten unter Lenins Führung eine kommunistische Diktatur. Nun entbrannte ein vierjähriger blutiger Bürgerkrieg, den die Bolschewiki trotz Intervention der Westmächte für sich entscheiden konnten. Ihre Hoffnung jedoch, der Funke der Revolution würde in den Westen überspringen, sollte sich trotz erster Anzeichen nicht erfüllen.

Das Erscheinen der USA auf der politischen Bühne Europas und die zur Oktoberrevolution verklärte Machtübernahme der Kommunisten in Russland wurden zum epochalen Einschnitt, der den späteren Systemgegensatz im Kalten Krieg bereits im Keim in sich trug.



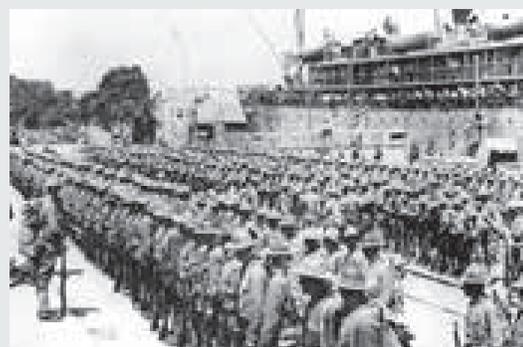
Lenin spricht auf dem Swerdlow-Platz in Moskau zu Rotarmisten vor deren Abmarsch an die Bürgerkriegsfront. Rechts von der Tribüne steht Leo Trotzki, der später auf Anweisung von Stalin aus dem Foto herausretuschiert wurde.

Foto: 1920. bpk



Nachdem bei der Versenkung der Passagierschiffe „Lusitania“ und „Arabic“ 1915 zahlreiche US-Bürger ihr Leben verloren hatten, schränkte das Deutsche Reich auf Druck Washingtons den U-Boot-Krieg zunächst ein. Dessen Wiederaufnahme führte im April 1917 zum Kriegseintritt der USA. Das Foto zeigt deutsche U-Boote im Jahr 1914.

Foto: picture-alliance/akg-images



Im Juni 1917 gehen im Hafen von St. Nazaire in Frankreich die ersten US-Truppen an Land. Ab sofort standen der Entente neue, schier unerschöpfliche militärische Ressourcen zur Seite.

Foto: picture-alliance/ASSOCIATED PRESS



US-Präsident Woodrow Wilson verkündete am 8. Januar 1918 ein 14-Punkte-Programm, mit dem er eine Friedensordnung zu schaffen hoffte. Es sah u. a. die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und die Gründung eines Völkerbundes vor.

Foto: bpk



Mit einem Platzpatronenschuss aus der Bugkanone gab der Panzerkreuzer „Aurora“ am 7. November 1917 in Petrograd das Signal für den Putsch der Bolschewiki. Nach russischem Kalender war es der 25. Oktober, so dass das Ereignis als Oktoberrevolution in die Geschichte eingegangen ist.

Foto: picture-alliance/akg-images



Ein Ende des Kriegs hatten die Bolschewiki versprochen. Am 15. Dezember 1917 trat der Waffenstillstand in Kraft, den die Soldaten beider Seiten mit Erleichterung aufnahmen. Die Hoffnung Moskaus auf einen gerechten Frieden sollte sich nicht erfüllen. Mit dem Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 verlor Russland ein Viertel seines europäischen Territoriums.

Foto: picture-alliance/ZB



Der Russische Bürgerkrieg wurde auf allen Seiten mit Brutalität geführt. Das Foto zeigt Rotarmisten bei einer Parade vor dem Abmarsch an die Front.

Foto: picture-alliance/akg-images

Revolutionärer Umbruch in Deutschland

Im Sommer 1918 war die Niederlage Deutschlands unausweichlich. Daran hatte auch der Frieden mit Russland im März nichts geändert. Um die Friedensbedingungen zu verbessern, betrieb die Militärführung den Übergang zur parlamentarischen Monarchie. Als die Kriegsmarine im Oktober noch einmal auslaufen sollte, meuterten die Matrosen. Das war das Signal zur Revolution, die am 9. November Berlin erreichte. Noch am selben Tag wurde die Republik ausgerufen, Wilhelm II. musste abdanken. Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert wurde Reichskanzler. So unterzeichneten am 11. November nicht jene den Waffenstillstand, die den Krieg verantwortet und geführt hatten, sondern die Demokraten. Die Sozialdemokratie hatte sich im Streit über den Krieg entzweit. Die SPD setzte sich 1918 für die parlamenta-

rische Demokratie ein und erteilte der Räterediktatur, die die am 1. Januar 1919 gegründete KPD forderte, eine Absage. Im Februar trat die verfassunggebende Nationalversammlung in Weimar zusammen. Der Tagungsort gab der ersten deutschen Demokratie ihren Namen. Von Beginn an wurde sie heftig attackiert: Die sozialdemokratisch geführte Regierung setzte das Militär gegen linksradikale Putschversuche und Massenstreiks ein. In dessen Windschatten probten rechtsradikale Kampfverbände die Konterrevolution. Ihnen galt die unverhohlene Sympathie der Nationalisten und Konservativen, die der Verfassung die Stimme verweigert hatten. Als es im März 1920 zum reaktionären Kapp-Lüttwitz-Putsch kam, konnten sich die Demokraten nur mit Mühe behaupten.



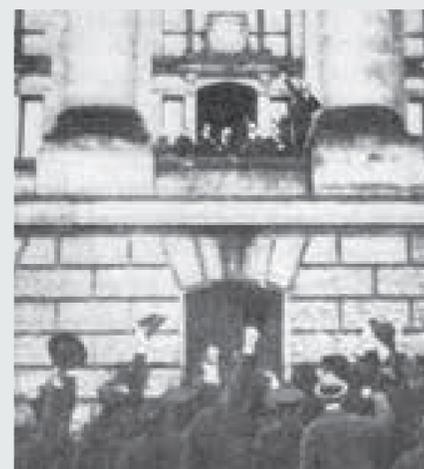
Die Revolution erreicht Berlin. Matrosen und Zivilisten demonstrieren am 9. November 1918 auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor.

Foto: picture-alliance / ZB



Das höchste Kommando des deutschen Heeres: General von Hindenburg, Kaiser Wilhelm II. und General Ludendorff im Januar 1917 im Großen Hauptquartier im oberschlesischen Pleß.

Foto: picture-alliance / landov



Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann ruft am 9. November 1918, um 14:00 Uhr von einem Balkon des Reichstages die Republik aus (Foto evtl. nachgestellt).

Foto: bpk 30.002.959



Blick auf die Abgeordneten der Nationalversammlung in Weimar. Deren Präsident Eduard David verkündet am 11. Februar 1919 die Wahl des Volksbeauftragten Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten. Ebert sitzt in der vorderen Bank ganz rechts, neben ihm Gustav Noske.

Foto: picture-alliance / dpa



Standrechtliche Erschießung revolutionärer Matrosen bei den Märzämpfen 1919 in Berlin. Um sich der lokalen Bildung von Räterepubliken und linker Massenstreiks zu erwehren, setzte die sozialdemokratische Regierung Truppen ein, deren Offiziere und Mannschaften der Demokratie meist mit Verachtung gegenüberstanden. Die Brutalität der regulären Truppen sowie rechter Freikorps vertiefte die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung.

Foto: picture-alliance / ZB



Nachdem der rechtsextreme Kapp-Lüttwitz-Putsch an einem Generalstreik scheiterte, versuchten Reichspräsident und Reichsregierung die Ordnung wiederherzustellen, konnten aber den Ausbruch eines Arbeiteraufstandes im Ruhrgebiet und eine Verschärfung der politischen Spannungen nicht verhindern.

Faksimile: picture-alliance / akg-images



Der Rat der Volksbeauftragten hielt nach der Revolution bis zu den ersten freien und allgemeinen Wahlen in Deutschland im Januar 1919 die oberste Regierungsgewalt inne. Die Aufnahme zeigt v.l.n.r.: Emil Barth, Otto Landsberg, Friedrich Ebert, Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Philipp Scheidemann.

Foto: picture-alliance / akg-images



Teile der politischen Linken lehnten die parlamentarische Demokratie ab. Der Spartakusaufstand im Januar 1919 war einer von mehreren Putschversuchen, mit denen in Deutschland das Räteresystem durchgesetzt werden sollte.

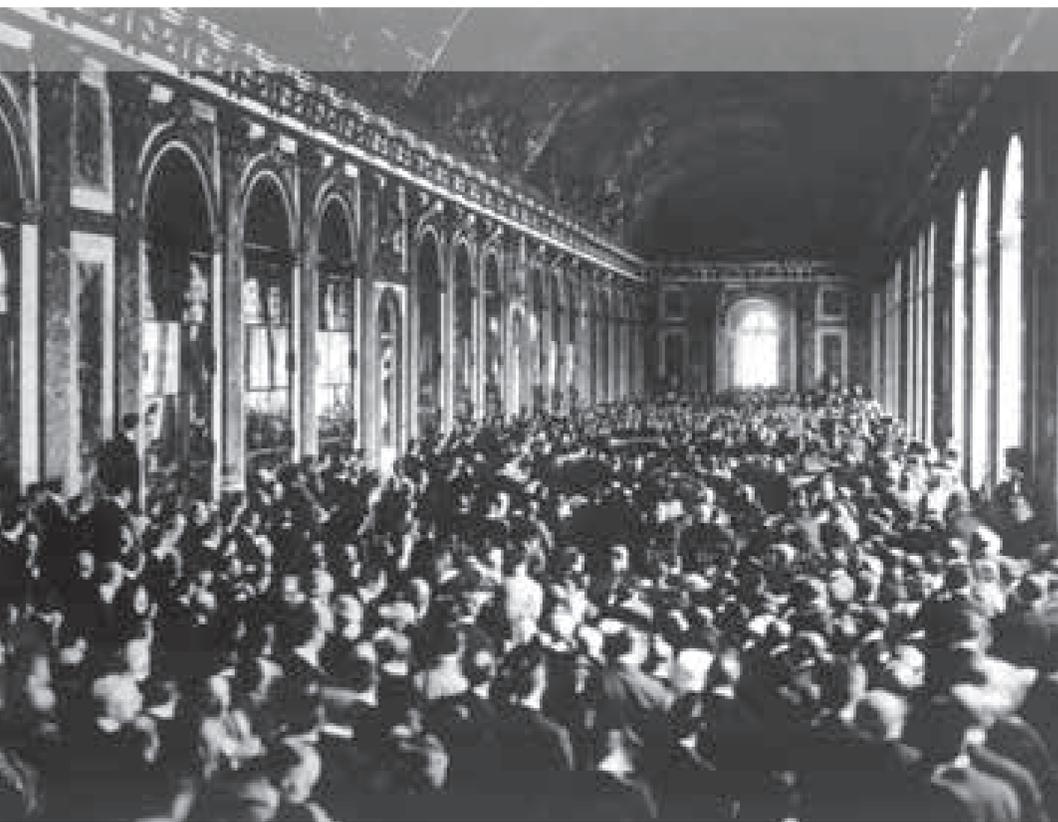
Foto: picture-alliance / akg-images

4
 Geschichte
 zum Hören

Die zerbrechliche Friedensordnung

In Europa herrschte seit November 1918 Waffenstillstand. Doch die vertragliche Ausgestaltung des Friedens sollte bis August 1920 dauern. Die in verschiedenen Pariser Vororten unterzeichneten Verträge veränderten die europäische Landkarte. Nach 123 Jahren erlangte Polen wieder die ersehnte nationale Unabhängigkeit; die baltischen Republiken, die Tschechoslowakei und Jugoslawien wurden als neue Staaten anerkannt. Demgegenüber wurde die Habsburgermonarchie aufgelöst, Ungarn verlor ein Drittel seines Territoriums. Das Osmanische Reich wurde zerschlagen. Deutschland musste nach dem Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 seine Kolonien und knapp ein Fünftel des Staatsgebiets abtreten. Sein Heer wurde auf 100 000 Berufssoldaten beschränkt. Zudem wurden dem Reich hohe

Reparationszahlungen auferlegt, war ihm und seinen Verbündeten doch die alleinige Kriegsschuld zugesprochen worden. Der harte Friedensschluss sorgte in den unterlegenen Ländern, allen voran in Deutschland, für Empörung. Die Parteien der Weimarer Demokratie, die als Konkursverwalter des Kaiserreichs den Vertrag unterzeichnen mussten, wurden als „Novemberverbrecher“ und „Vaterlandsverräter“ beschimpft. Mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags ging die Anerkennung der Satzung des Völkerbundes einher. Doch die 1920 gegründete Organisation, der Deutschland 1926 beitrug, erfüllte ihre friedensstiftende Funktion nicht. Weder konnten die europäische Großmachtspolitik verhindert noch die ethnischen Konflikte in den neu entstandenen Nationalitätenstaaten gelöst werden.



Die Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Deutschland am 28. Juni 1919 im Schloss von Versailles.
 Foto: picture-alliance / Everett Collection



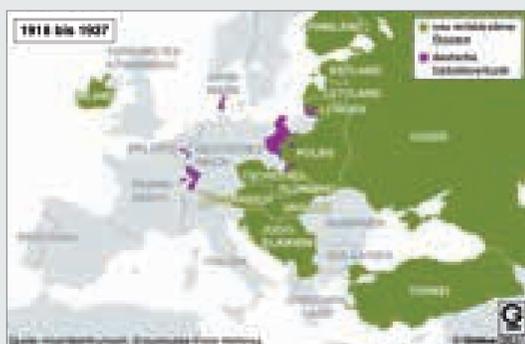
Ein Propagandaplakat von Mai 1919 beklagt die deutschen Gebietsverluste, die sich bei den Friedensverhandlungen in Versailles abzeichneten.
 Plakat: BArch, Plak 002-007-073 / Grafiker: o. Ang.



Am Tag nach der Unabhängigkeitserklärung der Tschechoslowakei am 28. Oktober 1918 feiern Prager Bürgerinnen und Bürger die erste Republik.
 Foto: picture-alliance / CTK



Von 1915 bis 1919 stand der „Eiserne Hindenburg“ südlich der Siegessäule auf dem Königsplatz in Berlin. 1919 protestieren Berliner vor dem nationalistischen Denkmal gegen die Bedingungen des Versailler Vertrags.
 Foto: picture-alliance / Mary Evans Picture Library



Der Erste Weltkrieg in Europa und seine Folgen.
 Grafik: picture-alliance / dpa-infografik / Andreas Brühl



Undatierte Luftaufnahme vom Gesamtkomplex des Völkerbundpalais in Genf / Schweiz, der zwischen 1929 und 1936 erbaut worden ist.
 Foto: picture-alliance / dpa



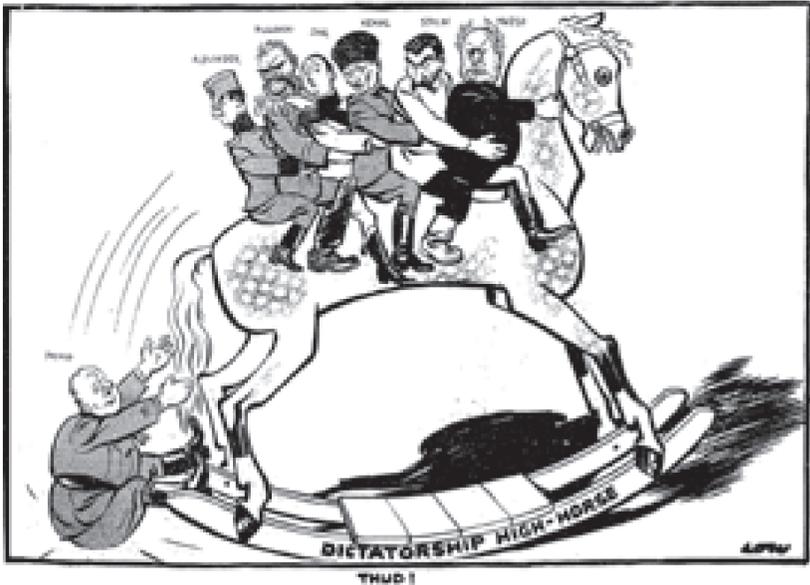
Kemal Atatürk mit seinem Stab. Aufnahme aus den Jahren 1921/22. Nachdem das Osmanische Reich mit dem Friedensvertrag von Sèvres 1920 nicht nur seine arabischen Territorien, sondern auch Teile des anatolischen Kernlandes abtreten musste, organisierte Atatürk den militärischen Widerstand gegen die Besetzung der Westtürkei durch Griechenland. Nachdem 1923 im Vertrag von Lausanne die Grenzen der heutigen Türkei anerkannt wurden, wurde am 29. Oktober die Türkische Republik ausgerufen.
 Foto: picture-alliance / akq-images

Demokratie auf dem Rückzug

In der Folge des Ersten Weltkriegs stieg nicht nur die Zahl der Staaten in Europa. Der Krieg schien auch der Demokratie zum Durchbruch verholfen zu haben, waren doch die meisten dieser Staaten zunächst demokratisch verfasst. Doch die jungen Demokratien litten nicht nur unter der Nachkriegsnot, sondern auch an einem Mangel an Demokratieerfahrung und schwachen demokratischen Institutionen. Dies beförderte die Minderheitenkonflikte vor allem in Ostmittel- und Südosteuropa. Diskriminierung gehörte zum Alltag. In der Tschechoslowakei waren über ein Fünftel der Einwohner Deutsche. In Polen bildeten Ukrainer, Deutsche und polnische Juden starke Bevölkerungsanteile. Aufgrund der politischen Instabilität gelangte Marschall Józef Piłsudski 1926 mit einem Militärputsch an die Macht. In Jugoslawien hatten die Konflikte

zwischen orthodoxen Serben und katholischen Kroaten eine solche Sprengkraft, dass König Alexander I. eine vom Militär gestützte Diktatur errichtete, nachdem ein serbischer Abgeordneter drei kroatische Mandatsträger erschossen hatte. In Ungarn bildete Miklós Horthy nach der blutigen Niederschlagung der Räterediktatur unter Béla Kun ein autoritäres Regime, das die Privilegien des Adels und Großgrundbesitzes wahrte und das Wahlrecht stark einschränkte. Zugleich grassierte dort der Antisemitismus. Die Gebietsverluste, die Ungarn durch den Vertrag von Trianon zu akzeptieren hatte, wurden zum nationalen Trauma stilisiert. Auch in den wieder entstandenen baltischen Staaten sollte die Demokratie nicht von Dauer sein. So wurden Litauen ab 1926, Estland und Lettland ab 1934 autoritär regiert.

THE EVENING STAR/LEADER. Tuesday, January 30, 1928.



Nach über sechs Jahren an der Spitze einer Militärdiktatur in Spanien trat Primo de Rivera Ende Januar 1930 zurück. In einer Karikatur des Londoner Evening Star vom 30. Januar blicken Mussolini, Stalin, Kemal Atatürk, der albanische König Zog, Józef Piłsudski und der jugoslawische König Alexander I. vom „Hohen Ross der Diktatur“ auf den gestürzten Diktator. Entsprechend der zeitgenössischen Wahrnehmung machte der Karikaturist zwischen Diktaturen und autoritären Regimen keinen Unterschied.

Abbildung: British Cartoon Archive



Béla Kun vor dem Parlament in Budapest, am 21. März 1919, dem Tag der Proklamation der Ungarischen Räterepublik. Es war die zweite kommunistische Machtübernahme nach der Oktoberrevolution. Im Juni verkündete Kun die Diktatur des Proletariats, verstaatlichte alle Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern, die Banken sowie Mietshäuser und kollektivierte die Landwirtschaft. Die Räterepublik brach am 1. August 1919 zusammen, als rumänische Truppen Budapest besetzten.

Foto: picture-alliance/akg-images



Nach dem Ende der Räterepublik hält Admiral Horthy am 16. November 1919 mit seinen Truppen Einzug in Budapest. 1920 wird Ungarn wieder Königreich, an dessen Spitze von 1920 bis 1944 Miklós Horthy als Reichsverweser stand. Horthy etablierte ein autoritäres, antisemitisches Regime, das sich in den 1930er Jahren offen an das nationalsozialistische Deutschland anlehnte.

Foto: picture-alliance/akg-images



Marschall Józef Piłsudski (l) und General Gustaw Orlicz-Dreszer vor dem Treffen mit dem polnischen Präsidenten Stanisław Wojciechowski auf der Poniaowski-Brücke in Warschau während des Maiputsches (12. bis 15. Mai 1926).

Foto: picture-alliance/PAP



König Alexander I. von Jugoslawien wird am 9. Oktober 1934 in Marseille von Nationalisten ermordet. Alexander war seit 1914 Regent für seinen Vater Peter I. von Serbien. 1921 wurde er König der Serben, Kroaten und Slowenen. 1929 benannte er das Königreich in Jugoslawien um und errichtete mit der Auflösung des Parlaments eine Diktatur.

Foto: picture-alliance/dpa/C3398_Pixfeatures



1925 zum Präsidenten Albaniens gewählt, krönte sich Ahmet Zogu 1928 selbst zum König des Balkanlandes, in dem politische Opposition rigoros verfolgt wurde. Mit italienischem Geld versuchte Zogu das Land zu modernisieren, das dabei immer stärker in die Abhängigkeit Mussolinis geriet.

Foto, April 1939: picture-alliance/dpa



Der kroatische Politiker und Schriftsteller Stjepan Radić, Mitbegründer und Führer der Kroatischen Bauernpartei, die sich für die nationale Unabhängigkeit Kroatiens einsetzte. Radić und vier weitere Abgeordnete seiner Fraktion wurden am 20. Juni 1928 im jugoslawischen Parlament von einem serbischen Abgeordneten angeschossen. Er und zwei der Parlamentarier erlagen ihren schweren Verletzungen.

Foto, 1928: BArch, Bild 183-2000-0518-506/o. Ang



Stalinistische Sowjetunion

Nach dem Sieg im russischen Bürgerkrieg versuchten die Bolschewiki, die zerstörte Volkswirtschaft wiederzubeleben. 1921/22 kostete eine Hungersnot rund fünf Millionen Menschen das Leben. Um die Macht der Partei zu sichern, erlaubte Lenin zeitweilig privatwirtschaftliche Anreize. Stalin, der nach Lenins Tod 1924 schrittweise seine Alleinherrschaft durchsetzte, verkündete den Aufbau des „Sozialismus in einem Land“. Gleichzeitig dirigierte er über die Kommunistische Internationale die kommunistischen Parteien in aller Welt. Deren Politik war seit Mitte der 1920er Jahre Moskau untergeordnet. Mit diktatorischer Gewalt und einem Zwangsarbeiterheer betrieb Stalin die Industrialisierung des rückständigen Agrarlands. Im Zuge der Zwangskollektivierung wurden ab 1929 vor allem Kulaken (Bauern) verschleppt und in das

beständig wachsende Lagersystem, den späteren Archipel Gulag, verbracht. Die Folgen nahm Stalin billigend in Kauf: Etwa sechs Millionen Menschen starben während der Hungerkatastrophe 1932/33. Ab Herbst 1936 entfesselte Stalin den „Großen Terror“. Er umfasste „ethnische Säuberungen“ und richtete sich im Besonderen gegen die eigene Partei und die sowjetischen Eliten, die ebenso willkürlich wie gnadenlos verfolgt wurden. Mit Ideologie und Terror sollten der „neue Mensch“ geschaffen und der Übergang zu Sozialismus und schließlich Kommunismus erzwungen werden. Die russische Menschenrechtsorganisation MEMORIAL geht davon aus, dass bis Stalins Tod 1953 mindestens fünf Millionen Menschen aus politischen Gründen verhaftet und über sechs Millionen deportiert worden sind.



Architektonische Machtfantasie: Preisgekrönter Entwurf für einen Sowjetpalast, der am Standort der eigens dafür abgerissenen Erlöserkirche in Moskau errichtet werden sollte. Die in den 1930er Jahren aufgenommenen und durch den Krieg unterbrochenen Bauarbeiten wurden 1957 von Chruschtschow eingestellt.

Zeichnung: picture-alliance / akq-images

Am 4. Dezember 1937 übermittelt Stalin dem Chef des sowjetischen Generalstabs Iljitsch Jegorow Namen von dessen Untergebenen, deren Parteiausschluss und Verhaftung das Politbüro fordere. Auf dem Schreiben, das an Stalin zurückzugeben war, notierte Jegorow: „... von der Erde ausradieren als gemeinste Schweinehunde und Teufelspack“. Tatsächlich waren alle Mitarbeiter längst verhaftet, ein Schicksal, das Jegorow im April des Folgejahres teilen sollte.

Faksimile: picture-alliance / akq-images



Sowjetisches Propagandaplakat zur Zwangskollektivierung Ende der 1920er / Anfang der 1930er Jahre mit der Aufschrift: „Das Popenpack ist der Kulaken Stütze. Mit den Kolchosen werden wir das Kulakentum gänzlich ausrotten“.

Abbildung: VG Bildkunst, Bonn 2013 / Foto: bpk



Josef Stalin mit den Altbolschewiki Nikolai Iwanowitsch Bucharin, Grigori Konstantinowitsch Ordschonikidse und Jan Ernestowitsch Rudsutak (v.l.n.r.) bei einer Kundgebung in Moskau 1929. Bucharin und Rudsutak wurden 1938 im Großen Terror ermordet. Ordschonikidse starb 1937 unter ungeklärten Umständen im Kreml.

Foto: picture-alliance / IMAGNO / Austrian Archives



Der Massenmörder und spätere Geheimdienstchef Lawrenti Berija posiert mit Stalins Tochter Svetlana 1935 für die Kamera. Am Tisch im Hintergrund Stalin.

Foto: picture-alliance / ITAR-TASS



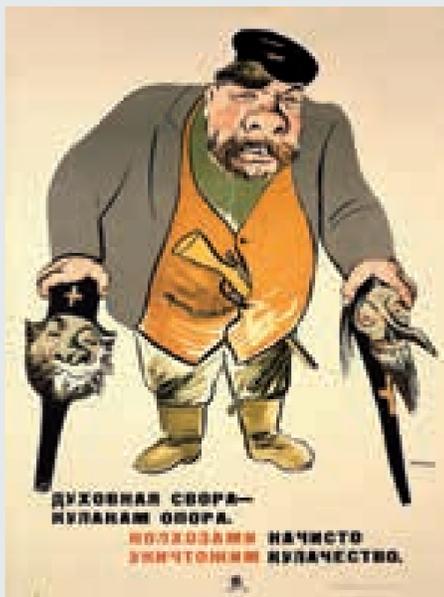
Hunger und Elend der Bevölkerung durch den Bürgerkrieg: Halb verhungerte Kinder von Flüchtlingsfamilien starren in die Kamera.

Foto, Oktober 1920: bpk



Sowjetische Strafgefangene werden zum Bau eines Kanals eingesetzt.

Foto, um 1932: picture-alliance / akq-images



1932/33 starben bei einer Hungersnot allein in der Ukraine über drei Millionen Menschen. Sie war die Folge der Zwangskollektivierung, die mit einem Kampf gegen selbstständige Bauern einherging, und von Ernteaussfällen. Von Moskau wurde die Hungerkatastrophe mindestens billigend in Kauf genommen, um die Sowjetmacht in der Ukraine durchzusetzen.

Foto: picture-alliance / dpa / ITAR-TASS



Faschismus in Italien

Eigentlich zählte Italien zu den Gewinnern des Ersten Weltkriegs. Doch die Nationalisten empörten sich über einen „verstümmelten Sieg“. Zwar waren Italien große Landstriche nördlich und nordöstlich des parlamentarisch regierten Königreichs zugesprochen worden. Doch war man 1915 mit weitreichenderen Zielen in den Krieg eingetreten. Die ersten Nachkriegsjahre waren von sozialen Unruhen, von Streiks, Fabrikbesetzungen und Landnahmen geprägt. Das Bürgertum fürchtete das Schreckgespenst des Bolschewismus, gegen das die faschistische Bewegung zum Kreuzzug aufrief. Die brutalen Übergriffe ihrer paramilitärischen Verbände, gegen die die Regierung nicht einschritt, kosteten Tausenden von Sozialisten das Leben. Im Oktober 1922 inszenierte der

Faschistenführer Benito Mussolini einen „Marsch auf Rom“. Angesichts dieser Drohkulisse berief der italienische König den „Duce“ zum Ministerpräsidenten. Mussolini bildete zunächst eine Koalitionsregierung, die von den alten Eliten aus Militär, Wirtschaft und Bürokratie Unterstützung erhielt. 1925 erfolgte dann der Übergang zu einer offenen Diktatur. Diese gründete auf dem Machtmonopol der faschistischen Partei, der Abschaffung der Gewaltenteilung, der permanenten Massenmobilisierung und der Ausschaltung der politischen Gegner durch die faschistische Geheimpolizei. Im Gegensatz zur Herrschaft des NS-Systems war die Macht Mussolinis allerdings durch die Autorität des Königs und der Katholischen Kirche sowie die Unabhängigkeit des Militärs beschränkt.



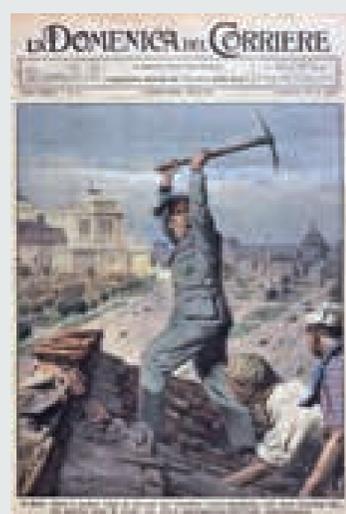
Faschistische „Schwarzhemden“ überqueren am 28. Oktober 1922 bei ihrem „Marsch auf Rom“ die unweit der italienischen Hauptstadt gelegene Ponte Salario.

Foto: picture-alliance / Mary Evans Picture Library



Kardinalstaatssekretär Pietro Gasparri und Mussolini unterzeichnen am 11. Februar 1929 die Lateranverträge, mit denen der italienische Staat die politische und territoriale Souveränität des Vatikans garantierte.

Foto: picture-alliance / Mary Evans Picture



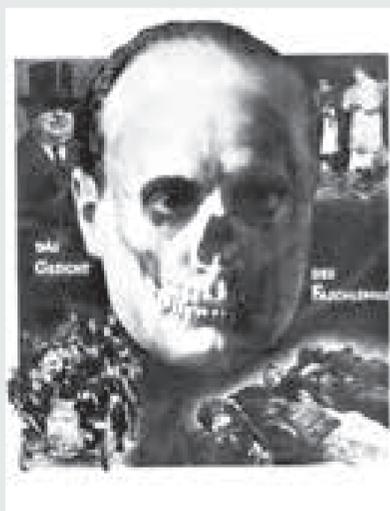
Großbauten sollten Italiens neue Macht repräsentieren. Mussolini ließ sich dabei gerne zum Baumeister des neuen Italiens stilisieren. Zeitschriftencover aus dem Jahr 1935.

Abbildung: picture-alliance / Bianchetti / maxppp



Der in den Jahren 1938 bis 1943 erbaute „Palast der italienischen Zivilisation“ in Rom ist ein prominentes Beispiel für die neoklassizistische Architektur des italienischen Faschismus.

Foto, aus dem Jahr 1962: picture-alliance / akg-images / Walter Limot



Ende der 1920er Jahre hatten die italienischen Faschisten jede Opposition in Italien zerschlagen. In seiner Fotomontage „Das Gesicht des Faschismus“ von Juli 1928 veranschaulicht der deutsche Fotomontagkünstler John Heartfield den brutalen Gewaltcharakter des Faschismus.

Abbildung: The Heartfield Community of Heirs / VG Bild-Kunst, Bonn 2013 / Foto: bpk



Benito Mussolini bei einer Parade der Fasci giovanili di combattimento, in der junge Männer im Alter von 18 bis 21 Jahren militärisch gedrillt und weltanschaulich indoktriniert wurden. Die Verherrlichung von Gewalt und militaristische Masseninszenierungen prägten die Selbstdarstellung des Regimes. Rom, 1935.

Foto: picture-alliance / Delius / Leemage



Am 3. Oktober 1935 überfiel Italien das Königreich Äthiopien, das es im Mai 1936 nach einem brutal geführten Krieg, der sich insbesondere auch gegen die äthiopische Zivilbevölkerung gerichtet hatte, annekterte. Italienische Truppen werden 1935 in Neapel nach Abessinien verladen.

Foto: picture-alliance / dpa



Herausforderung Weltwirtschaftskrise

Am 24. Oktober 1929 ereignete sich in New York der folgenreichste Börsenkrach der Geschichte. Der „Schwarze Donnerstag“ markierte den Beginn der Weltwirtschaftskrise. Banken wurden zahlungsunfähig, US-Kredite überstürzt aus Europa abgezogen. In den Industrieländern brach die Wirtschaft ein und binnen weniger Jahre stieg die Arbeitslosenquote auf durchschnittlich 25 Prozent. Das war das Ende der Goldenen Zwanziger, ein auf Pump finanzierter Nachkriegsaufschwung. In fast allen Teilen Europas kam es zu politischer Instabilität und Radikalisierung. In dieser Situation bewiesen die parlamentarischen Demokratien in Großbritannien und Frankreich Stärke. In Großbritannien litten vor allem die alten Industrieregionen unter der Krise, die Zahl der Arbeitslosen stieg auf nahezu drei Millionen. Mit Hungermärschen

trugen die Menschen ihren Protest auf die Straßen. Doch trotz aller innenpolitischer und ökonomischer Konflikte blieben die politischen Lager und die Sozialpartner in der Krise kooperationsfähig. Der Verzicht der Regierung auf einen radikalen Sozialabbau dämmte Radikalisierungstendenzen ein. Im stark agrarisch geprägten Frankreich wirkte sich die Krise weniger hart aus. Aber auch hier wurden bald eine Million Arbeitslose gezählt. Rechtsextreme Ligen forderten die Republik heraus. Die von der Volksfrontregierung 1936 durchgeführten sozialen Reformen führten zwar kurzfristig zu einer politischen Befriedung unter der Arbeiterschaft. Im bürgerlichen Lager aber entwickelten sie eine politische Sprengkraft, die schließlich zum Scheitern der Volksfront führte. Erst unter der bürgerlichen Regierung Daladier stabilisierte sich 1938 die Dritte Republik wieder.



Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 in den USA: Schließung der Banken und der Börse in New York am Donnerstag, dem 24. Oktober 1929.

Foto: bpk



Demonstranten aus Lancashire passieren auf einem Hungermarsch Gerrards Cross in Buckinghamshire, 1932.

Foto: dpa/empics



Der britische Faschistenführer und Führer der „Blackshirts“ (Schwarzhemden), Oswald Mosley (r.), mit Anhängern seiner „British Union of Fascists“ am 4. Oktober 1936. Die durch den italienischen Faschismus und die deutschen Nationalsozialisten inspirierte Bewegung fand in Großbritannien trotz Massenarbeitslosigkeit kaum Widerhall.

Foto: picture-alliance/dpa



Der Sozialist und Schriftsteller Leon Blum (l.) und der Chef der französischen KP Maurice Thorez 1936 nach Bildung der Volksfrontregierung, die von den Kommunisten, die sich nicht an der Regierung beteiligten, unterstützt wurde.

Foto: picture-alliance/akg-images



Der britische Premierminister Ramsay MacDonald (Mitte, mit gesenktem Kopf) auf dem Weg ins Unterhaus. Der Labourpolitiker hatte kurz zuvor, am 24. August 1931, gegen den Widerstand seiner eigenen Partei eine „Nationale Regierung“ unter Einbeziehung der Konservativen und Liberalen gebildet, um den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in Großbritannien Herr zu werden.

Foto: picture-alliance/akg-images



Nach der Absetzung des mit der politischen Rechten sympathisierenden Pariser Polizeipräsidenten Jean Chiappe durch die Regierung Daladier rief die extreme Rechte am 6. Februar 1934 zum Marsch auf das Parlament auf. Polizei und Militär schlugen den Aufruhr nieder, den linke Kreise als faschistischen Putsch deuteten. 15 Tote und bis zu 2000 Verletzte lautete die Bilanz der Straßenschlachten. Ministerpräsident Daladier sah sich einen Tag später zum Rücktritt gezwungen.

Foto: Place de la Concorde am 6. Februar 1934; picture-alliance/AFP



US-Präsident F.D. Roosevelt bei dem Besuch eines Lagers des Civilian Conservation Corps in Virginia im August 1933, das als Teil der Beschäftigungsmaßnahmen des New Deal eingerichtet worden war. Mit den im Rahmen des Programms vorgenommenen Wirtschafts- und Sozialreformen gelang es der US-Regierung, die soziale Not im Lande zu mildern und die Wirtschaft wieder zu beleben.

Foto: picture-alliance/akg-images

Das Scheitern der deutschen Demokratie

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre schien Deutschland auf einem guten Weg. Hatten 1923 noch Hyperinflation sowie linke und rechte Aufstandsversuche das Land erschüttert, suggerierten die Jahre 1924 bis 1928 eine Rückkehr zur Normalität. Doch als Ende des Jahrzehnts die Weltwirtschaftskrise Europa erreichte, waren die Schwächen der deutschen Demokratie offensichtlich. Der bürgerliche Liberalismus war erodiert, die Konservativen brachten der Republik keine Loyalität entgegen und die große Mehrheit der Arbeitgeber heizte die sozialen Konflikte immer mehr an. Am 27. März 1930 scheiterte die letzte parlamentarische Regierung unter einer von der SPD geführten großen Koalition. An ihre Stelle traten Präsidialsystem und Not-

verordnungsregime. Das bis 1933 auf über sechs Millionen anschwellende Heer der Arbeitslosen und die von der SPD tolerierte radikale Deflations- und Sparpolitik der Regierung Brüning (Zentrum) bescherten Kommunisten und Nationalsozialisten großen Zulauf. Nach den Reichstagswahlen im Juli 1932 hatten die NSDAP (37,4%) und die KPD (14,5%) eine antidemokratische Mehrheit im Parlament. Die fast alltäglichen Straßenschlachten zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und der Polizei sorgten für Bürgerkriegsstimmung. Hitler provozierte diese Zustände und präsentierte sich zugleich als Retter vor der drohenden „roten Gefahr“. Seine Strategie ging am 30. Januar 1933 auf. Reichspräsident Hindenburg ernannte ihn zum Reichskanzler.



Reichstagswahl in Berlin am 31. Juli 1932. Wahlhelfer mit den Plakaten ihrer Parteien.

Foto: bpk



Plakat der Sozialdemokraten zu den Reichstagswahlen im September 1930.

Abbildung: Bundesarchiv, Plak002-020-052, Grafiker Klein



Nach dem Zusammenbruch des damals zweitgrößten deutschen Geldinstituts Darmstädter und Nationalbank (Danat-Bank) stehen am 13. Juli 1931 Hunderte Kunden vor dem Berliner Postscheckamt, um ihr Guthaben abzuheben.

Foto: picture-alliance/dpa



Der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Magnus Heimannsberg wird am 20. Juli 1932 von Angehörigen der Reichswehr festgenommen. Vorausgegangen war ein Staatsstreich, mit dem Reichskanzler von Papen und Reichspräsident von Hindenburg die amtierende Koalitionsregierung in Preußen unter dem Sozialdemokraten Otto Braun absetzen und durch einen Reichskommissar ersetzen. Der sogenannte „Preußenschlag“ schwächte die Demokraten am Vorabend der nationalsozialistischen Machtübernahme.

Foto: bpk



Aufmarsch der NSDAP am 18. Januar 1931 aus Anlass des 60. Jahrestags der Gründung des Deutschen Reiches auf dem Kornmarkt vor dem Reichturm in Bautzen.

Foto: picture-alliance/ZB



Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann (1) und der Chef des Roten Frontkämpferbundes Willy Leow im Jahre 1927. Leow wurde 1938 unter Stalin in der Sowjetunion, Thälmann 1944 unter Hitler im KZ Buchenwald ermordet.

Foto: bpk



Adolf Hitler steht am Abend seiner Vernehmung zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 am Fenster der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße in Berlin vor einer jubelnden Menschenmenge.

Foto: picture-alliance/ZB

Die Nationalsozialisten an der Macht

Die Erwartung der Konservativen, Hitler durch die Übernahme von Regierungsverantwortung zu zähmen, erfüllte sich nicht. Der rasante Aufbau der totalitären Diktatur vollzog sich bereits 1933. Nach dem Reichstagsbrand in der Nacht zum 28. Februar machten Polizei und SA Jagd auf die politische Opposition; die KPD wurde zerschlagen. Allein 1933 wurden mehr als 100 000 Menschen verhaftet und häufig in die neu errichteten Konzentrationslager verbracht. Aus den nur noch begrenzt freien Wahlen vom 5. März ging die NSDAP zwar gestärkt, aber ohne eigene Mehrheit hervor (43,9%). Dennoch gelang den braunen Machthabern die rasche „Gleichschaltung der Länder“ und die Eroberung der Rathäuser. Gegen das Ermächtigungsgesetz, mit dem sich der Reichstag am

23. März selbst entmachtete, stimmte nur die SPD. Die Abgeordneten der bereits zuvor verbotenen KPD konnten ihr Mandat nicht mehr ausüben. Nachdem die SPD am 22. Juni ebenfalls verboten wurde, lösten sich die bürgerlichen Parteien selbst auf. Zuvor waren die Gewerkschaften zerschlagen und am 10. Mai die Deutsche Arbeitsfront (DAF) gegründet worden, die mit bald rund 25 Millionen Mitgliedern größte NS-Massenorganisation. Nach dem Tod Hindenburgs am 2. August 1934 übernahm Hitler auch das Reichspräsidentenamt. Im „Röhm-Putsch“ entledigte er sich durch politisch motivierten Mord seiner innerparteilichen Gegner und ließ die Reichswehr auf sich vereidigen. Damit war der „Führerstaat“ gefestigt, der kaum noch Widerstand zuließ.



Adolf Hitler begründet am 23. März 1933 vor dem Reichstag in der Krolloper das Ermächtigungsgesetz. Die Entmachtung des Parlaments brauchte eine Zweidrittelmehrheit. Einziger die SPD stimmte mit Nein. Ihr Vorsitzender Otto Wels rief den Nationalsozialisten entgegen: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!“

Foto: bpk



Blick auf das Reichstagsgebäude am 28. Februar 1933, dem Morgen nach dem Brand. Mit dem Anschlag begründeten die Nationalsozialisten die Verfolgung ihrer politischen Gegner, insbesondere der Kommunisten. Bis heute ist umstritten, ob der Niederländer Marinus van der Lubbe ein Einzelgänger oder von den Nationalsozialisten angestiftet worden war.

Foto: bpk



Zwei Tage vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz erweist Hitler beim „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 dem bürgerlichen Lager publikumswirksam seine Referenz, als er sich vor Reichspräsident von Hindenburg verneigt.

Foto: BArch, Bild 183-S38324/o. Ang.



Gleichgeschaltete Juristen grüßen mit dem Hitlergruß.

Foto: picture-alliance / akq-images



Im KZ Oranienburg im Norden von Berlin werden im August 1933 die sozialdemokratischen Politiker und Journalisten (v.l.) Alfred Braun, Friedrich Ebert (jr.), Hans Flesch, Heinrich Giesecke, Ernst Heilmann und Kurt Magnus eingeliefert.

Foto: BArch, Bild 183-R88978/o. Ang.



Nachdem die Gewerkschaften am 1. Mai 1933 den Tag der Arbeit erstmals als staatlichen Feiertag gemeinsam mit der NSDAP aufwendig feiern konnten, erfolgte am Tag darauf ihre Zerschlagung. Das Bild zeigt die Besetzung des Gewerkschaftshauses am Engelplatz in Berlin durch die SA.

Foto: bpk



Nach dem Tod von Reichspräsident von Hindenburg im August 1934 beanspruchte Hitler auch das Amt des Staatsoberhauptes für sich. Zugleich wurden die Reichswehr und die Beamtenschaft auf Hitler persönlich vereidigt.

Foto: bpk

Kurs auf einen neuen Krieg

Von Beginn an wollte Hitler das Versailler Vertragssystem überwinden und im Osten einen Eroberungskrieg um neuen „Lebensraum“ führen. 1934 trat das Deutsche Reich aus dem Völkerbund aus und führte 1935 unter Bruch des Versailler Vertrags die allgemeine Wehrpflicht ein. Ein Jahr später rückte die Reichswehr unter Verletzung internationaler Verträge in das entmilitarisierte Rheinland vor. Paris und London reagierten auf diese Entwicklung nur mit schwachem Protest – für Hitler eine Ermutigung. Als General Franco 1936 in Spanien gegen die demokratisch gewählte Regierung putschte, hielten sich nur die Demokratien an die vereinbarte Nichteinmischungspolitik. Hitler und Mussolini schlugen sich im Spanischen Bürgerkrieg dagegen offen auf die Seite der Faschisten und begrün-

deten dabei die „Achse Berlin–Rom“. Auch auf den „Anschluss“ Österreichs im März 1938 reagierte die westliche Staatenwelt nur verhalten. Appeasement (Beschwichtigung) lautete die Devise. Als die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens im Münchner Abkommen vom September 1938 die Einverleibung des Sudetengebiets in das Deutsche Reich gestatteten und damit die Tschechoslowakei fallen ließen, glaubten sie den Frieden in Europa gerettet zu haben. Die Sowjetunion sah sich isoliert und suchte das Bündnis mit dem ideologischen Erzfeind. Auf den 23. August 1939 ist der Hitler–Stalin–Pakt datiert, mit dem Berlin und Moskau die gemeinsame Auslöschung Polens und der baltischen Staaten besiegelten. Die Annäherung der Diktatoren ebnete den Weg in den Krieg.



„Und auf Hitlers Friedensangebote folgen ‚alsbald‘ seine Friedenstauben“. Fotomontage von John Heartfield auf der Titelseite der im Prager Exil herausgegebenen und vom kommunistischen Verleger Willi Münzenberg 1921 in Berlin gegründeten „Arbeiter Illustrierte Zeitung“, Ausgabe Nr. 15 vom 5. April 1936.

Abbildung: The Heartfield Community of Heirs / VG Bild-Kunst, Bonn 2013 / Foto: bpk



Deutsche Truppen ziehen unter Verletzung des Versailler und des Locarno-Vertrags am 7. März 1936 über die Rheinbrücke in Mainz ein. Zivilisten grüßen sie mit dem Hitlergruß.

Foto: picture-alliance / akq-images



Einwohner Wiens stehen, die Hand zum „Deutschen Gruß“ gehoben, vor einem Hitler-Porträt während der Verlesung der Proklamation des „Führers“ zum Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich über alle Rundfunksender am 12. März 1938.

Foto: picture-alliance / akq-images



Das Ruinenfeld der baskischen Stadt Guernica y Luno, die am 26. April 1937 von der deutschen Legion Condor dem Erdboden gleichgemacht worden war.

Foto: bpk 30.018.101



Adolf Hitler (M.) traf am 29. September 1938 mit (v.l.n.r.) dem britischen Premierminister Arthur Neville Chamberlain, dem französischen Ministerpräsidenten Edouard Daladier, dem italienischen Diktator Benito Mussolini und seinem Außenminister Graf Galeazzo Ciano in München zusammen. Die Regierungschefs unterzeichneten ein Abkommen über die Abtretung des sudetendeutschen Gebiets an das Deutsche Reich. Die davon betroffene Tschechoslowakei saß nicht mit am Tisch.

Foto: picture-alliance / dpa

Hitlers Hoffotograf Heinrich Hoffman hält den freundschaftlichen Händedruck zwischen Stalin und dem deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop fest, nachdem sich die beiden Diktatoren am 23./24. August 1939 über die Aufteilung Polens und des Baltikums verständigt hatten.

Foto: BArch, Bild 183-H27337, Fotograf: o. Ang.



Deutsche Militärparade auf dem Prager Wenzelsplatz am 5. April 1939. Drei Wochen zuvor war die Wehrmacht in Tschechien einmarschiert, nachdem in der Slowakei auf Druck Hitlers ein deutscher Vasallenstaat ausgerufen worden war.

Foto: picture-alliance / Judaica-Sammlung Richter

Der Zweite Weltkrieg

Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen. Als Reaktion erklärten Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg. Wie zuvor vereinbart, besetzte die Sowjetunion zunächst Ostpolen und dann das Baltikum. 1940 besetzte die Wehrmacht Dänemark und Norwegen, überannte Frankreich und marschierte am 14. Juni 1940 in Paris ein. Am 22. Juni streckte Frankreich die Waffen und musste die Zweiteilung des Landes hinnehmen. Der nordwestliche Teil Frankreichs unterstand dem deutschen Militärbefehlshaber. In der unbesetzten Zone regierte die Vichy-Regierung unter Marschall Philippe Pétain in deutscher Abhängigkeit, bis deutsche Truppen 1942 auch hier einmarschierten. Die für die Besatzungspolitik geltenden Völkerrechtsregeln wurden schon bald verletzt, wie etwa bei Geislerschießungen infolge

von Attentaten des französischen Widerstands. Die Verschleppung von Zwangsarbeitern nach Deutschland führte zu einer Radikalisierung der Partisanen- und Widerstandsbewegung. 20 000 Franzosen verloren in der Résistance ihr Leben. Ende 1941 erreichte der Krieg seine globale Ausdehnung, nachdem Japan am 7. Dezember mit der Bombardierung Pearl Harbors die USA angegriffen hatte. Wenige Tage später übermittelten Berlin und Rom, die mit Tokio 1940 den Dreimächtepakt geschlossen hatten, ihre Kriegserklärung nach Washington. Deutsche Truppen kämpften seit 1941 in Nordafrika und rückten nach dem Überfall auf die Sowjetunion zunächst scheinbar unaufhaltsam nach Osten vor. Auch auf dem pazifischen Kriegsschauplatz schien der japanische Vormarsch kaum zu stoppen zu sein.



Beim Einmarsch deutscher Truppen in Polen am 1. September 1939 reißen Wehrmachtssoldaten einen Schlagbaum an der Grenze nieder. Drei Tage später erklärten Großbritannien und Frankreich dem Deutschen Reich den Krieg. Der Zweite Weltkrieg hatte begonnen.

Foto: BArch, Bild 183-51909-0003 / Hans Sönke



Deutsche Fallschirmjäger bei den Kämpfen um den Hafen Narvik in Norwegen. Am 9. April hatte das Deutsche Reich das neutrale Dänemark besetzt und mit der Invasion Norwegens begonnen, das am 10. Juni 1940 vor der deutschen Übermacht kapitulierte.

Foto, April/Mai 1940: bpk



Rotterdams Innenstadt nach dem deutschen Luftangriff vom 14. Mai 1940. Vier Tage zuvor hatte die deutsche Westoffensive mit dem Einmarsch in die neutralen Benelux-Staaten begonnen. Die Niederlande kapitulierten am 15., Belgien am 28. Mai 1940.

Foto: picture-alliance / dpa



Zwischen dem 26. Mai und dem 4. Juni 1940 gelang den Briten bei Dünkirchen die Evakuierung von 338 226 alliierten Soldaten, davon etwa 110 000 Franzosen.

Foto: picture-alliance / Mary Evans/Robert Hunt Collection



Das französische Dorf Oradour-sur-Glane wurde als vermeintliche Vergeltung für die Entführung eines SS-Offiziers am 10. Juni 1944 von Verbänden der SS völlig zerstört. 642 Menschen wurden ermordet. Die Leichen wurden zur Identifizierung der Opfer in eine Reihe gelegt.

Foto: picture-alliance / dpa



Siegesparade nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Paris am 14. Juni 1940.

Foto: picture-alliance / ZB



Die St. Paul's Kathedrale während des großen Feuersturms nach einem deutschen Bombenangriff auf London in der Nacht zum 30. Dezember 1940. Zwischen September 1940 und Mai 1941 kostete der Luftkrieg gegen englische Städte rund 43 000 Menschenleben.

Foto: picture-alliance / DoD

Vernichtungskrieg im Osten

Schon der deutsche Polenfeldzug 1939 hatte Züge eines rassenideologischen Vernichtungskriegs. Zunächst der Gewaltpolitik Hitlers wie Stalins ausgeliefert, verloren über sechs Millionen Polen während der deutschen Besatzung ihr Leben. Die Hälfte waren Juden, die im Holocaust ermordet wurden. Der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 zielte von Beginn an auf die Eroberung neuen Lebensraumes für die deutsche „Herrenrasse“ und die wirtschaftliche Ausbeutung der ostmitteleuropäischen „Untermenschen“ durch Zwangsarbeit. 27 Millionen Tote, darunter 18 Millionen Zivilisten, sollte die Sowjetunion zählen, bis sie den Angriff nicht nur zurückschlagen, sondern im Frühjahr 1945 bis Berlin vorrücken konnte.

Der Hunger war eine der schärfsten Waffen im deutschen Vernichtungskrieg. Mehr als drei Millionen sowjetische Sol-

daten starben in deutschen Kriegsgefangenenlagern an Unterernährung. Fast eine Million Menschen gaben die Deutschen allein bei der 900-tägigen Blockade Leningrads dem Hungertod preis. Daneben wurden nicht nur Politikommissare der Roten Armee bei der Gefangennahme standrechtlich erschossen, sondern auch ungezählte Zivilisten im Rahmen von Vergeltungsaktionen. Als der Krieg im Osten nach der Schlacht um Stalingrad verloren war, praktizierte die deutsche Wehrmacht beim Rückzug eine Politik der „verbrannten Erde“. Die Niederschlagung des Warschauer Aufstands und die Zerstörung der Stadt durch SS und Wehrmacht im August 1944 – welche die Rote Armee geschehen ließ – wurden zum mörderischen Endpunkt des Vernichtungskriegs im Osten.



Das Foto des sowjetischen Kriegsphotografen Jewgeni Chaldej zeigt eine alte Frau in der niedergebrannten sowjetischen Stadt Murmansk. Nachdem es der deutschen Wehrmacht nicht gelungen war, die Stadt und ihren eisfreien Hafen einzunehmen, war Murmansk nach Stalingrad das Ziel der schwersten deutschen Luftangriffe in der Sowjetunion.

Foto: picture-alliance / ZB



Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion passiert eine deutsche Militäreinheit im Juni 1941 die Grenze zur Sowjetunion.

Foto: picture-alliance / akq-images



Erschießung von polnischen Zivilisten durch deutsche Soldaten im September / Oktober 1939.

Foto: picture-alliance / akq-images



Sowjetische Kriegsgefangene in einem Sammellager bei Sewastopol im Sommer 1942. Von den über fünf Millionen sowjetischen Soldaten, die in deutsche Gefangenschaft gerieten, starben über drei Millionen an den unmenschlichen Lebensbedingungen in den deutschen Kriegsgefangenenlagern.

Foto: picture-alliance / ZB



Von September 1941 bis Januar 1944 dauerte die Blockade Leningrads durch deutsche Truppen. Transport eines Toten auf einem behelfsmäßigen Schlitten, 1941.

Foto: picture-alliance / akq-images



Deutsche Soldaten erschießen gefangene Sowjets.

Datum und Ort der Aufnahme unbekannt. Foto: picture-alliance / Judaica-Sammlung Richter



Jubelnde Sowjetsoldaten nach der Kapitulation der deutschen 6. Armee in Stalingrad.

Foto, um Januar / Februar 1943. picture-alliance / akq-images

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden

Seit Hitlers Machtübernahme waren Antisemitismus und Rassismus Staatsdoktrin. Deutsche Juden wurden mit Berufsverboten belegt, als Geschäftsinhaber mit Boykottaufrufen drangsaliert und öffentlich geschmäht. Die Nürnberger Rassengesetze von 1935 weiteten die Entrechtung aus. Am 9. November 1938 schlug die Judenfeindlichkeit in eine erste Gewaltorgie um. Während der Novemberpogrome steckten SS- und SA-Angehörige Synagogen in Brand, plünderten Geschäfte und Wohnungen. Zehntausende Juden wurden in KZs verschleppt und misshandelt, viele Hundert getötet. Kurz darauf forcierte die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ die „Zwangsarisierung“ jüdischen Eigentums. Etwa 250 000 jüdischen Deutschen gelang in den 1930er Jahren die Emigration. Doch 190 000 wollten oder konn-

ten ihre Heimat bis Ende 1939 nicht verlassen. Mit der Besetzung Polens begann der Holocaust als europäisches Geschehen. Polnische Juden wurden in Ghettos zusammengetrieben, Tausende willkürlich erschossen. Der deutsche Einmarsch in die Sowjetunion markierte den Auftakt zum systematischen Völkermord. Während Einsatzgruppen der Polizei und der SS mit Unterstützung der Wehrmacht mit der Ermordung von Hunderttausenden Juden begannen, bereitete die SS den industriellen Massenmord vor. Auf der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 wurde der Staatsapparat offiziell in die „Endlösung der Judenfrage“ eingebunden. In den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor, Treblinka sowie in Auschwitz-Birkenau wurde das beispiellose Mordprogramm umgesetzt. Mindestens sechs Millionen europäische Juden wurden ermordet.



Haupttor des Lagers Auschwitz-Birkenau. Aufnahme nach 1945. In Auschwitz-Birkenau wurden eine Million Juden, mindestens 70 000 Polen, 21 000 Sinti und Roma und 15 000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet.

Foto: bpk



Am 1. April 1933 erfolgte der Boykott jüdischer Geschäfte und Einrichtungen in ganz Deutschland. Mit der Verkündung des Vierjahresplans 1936 und den Novemberpogromen verschärfte sich die seit 1933 durchgeführten „Arisierungsmaßnahmen“, von denen der Staat, aber auch zahlreiche Bürger profitierten.

Foto: März / April 1933. BArch, Bild 102-14469, Fotograf: Georg Pahl



„Ist die Judenfrage gelöst?“ fragte 1938 die Dezemberausgabe des nationalsozialistischen Wochenblatts „Der Stürmer“ und ließ keine Zweifel, dass die Novemberpogrome gegen die deutschen Juden nur ein Anfang waren: „Der Kampf geht weiter“, lautete die Drohung.

Faksimile: picture-alliance / akg-images



Arbeitsfähige Juden sollten vor ihrer Vernichtung als Sklaven für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiten. Selektion von Neuanrückenden an der Rampe im Vernichtungslager Auschwitz.

Foto, 1944: picture-alliance / IMAGNO / Austrian Archives



Auf Initiative der Militärverwaltungen und der Sicherheitspolizei wurden aus allen Teilen Europas Juden in die Vernichtungslager deportiert. Die Aufnahme zeigt Angehörige der SS und der französischen Polizei beim Abtransport französischer Juden im Jahr 1942.

Foto: picture-alliance / akg-images



Der Aufstand im Warschauer Ghetto wurde am 16. Mai 1943 niedergeschlagen. Hinter dem kleinen Jungen mit den erhobenen Händen steht mit dem Maschinengewehr SS-Rottenführer Josef Blösche, der wegen seiner wahllosen Erschießungen von Juden und seiner Beteiligung an Deportationen besonders gefürchtet war.

Foto: BArch, Bild 183-41636-0002 / o.Ang.



Umringt von gaffenden Passanten werden im Rahmen der Novemberpogrome 1938 in Wien jüdische Bürger gezwungen, auf den Knien die Straße zu scheuern. Der Antisemitismus war Teil des Alltags geworden.

Foto: picture-alliance / dpa



Deutsche Polizeieinheiten bei der Ermordung polnischer Juden im Ghetto von Łódź.

Foto, 1942: bpk

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

In Deutschland leisteten nur wenige Widerstand gegen das NS-Regime. Der von Sozialdemokraten und Kommunisten erhoffte Arbeiteraufstand gegen Hitler blieb aus. Bald waren ihre 1933 gebildeten illegalen Gruppen zerschlagen. Hitlers Erfolge brachten ihm die fast ungeteilte Zustimmung der „deutschen Volksgemeinschaft“. Neuer Widerstand formierte sich erst mit dem drohenden Krieg. Eine Offiziersverschwörung, die Hitlers Kriegsvorbereitung 1938 stoppen wollte, scheiterte nach dessen Triumph auf der Münchner Konferenz. Durch Zufall entging der Diktator am 8. November 1939 dem Bombenanschlag von Georg Elser. Vergebens warnte die „Rote Kapelle“ Moskau vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Im Reich blieben die Widerständigen isoliert. Anders in den von Deutschland besetzten Ländern: Zwar gehörte auch dort

Kollaboration zum Alltag; fast überall entwickelte sich jedoch eine Widerstandsbewegung, die die Besatzer mit zivilem Ungehorsam und bald mit Waffen herausforderte. Der Widerstand der Dänen und der Holländer gegen die Deportation ihrer jüdischen Landsleute, die Partisanen in Frankreich, Italien, Jugoslawien, Griechenland oder der Sowjetunion, der Widerstand in der ČSR, vor allem aber der Kampf der polnischen Heimatarmee und der Bewohner des Warschauer Ghettos wurden Teil der europäischen Freiheitsgeschichte. Dazu zählt auch das gescheiterte Attentat gegen Hitler vom 20. Juli 1944, das den Krieg hätte beenden können. Es bedurfte des Bündnisses so ungleicher Partner wie der Sowjetunion im Osten und den USA und Großbritannien im Westen, um das nationalsozialistische Deutschland von außen niederzuringen.



Das am 8. November 2011 in Berlin enthüllte Denkmal für Georg Elser. Weil Hitler am 8. November 1939 eine Versammlung im Münchner Bürgerbräukeller vorzeitig verlässt, entgeht er einer Bombe, die Georg Elser dort gelegt hatte. Der Tischler wollte mit dem Anschlag eine weitere Eskalation des Kriegs verhindern. Kurz vor Kriegsende wurde er im KZ Dachau hingerichtet.

Foto: picture-alliance / dpa / Sebastian Kahnert



Der schwedische Diplomat Raoul Wallenberg (Aufnahme von Anfang der 1940er Jahre in Budapest) rettete tausenden ungarischen Juden das Leben. Nach dem Krieg in die Sowjetunion verschleppt, starb er dort unter bis heute ungeklärten Umständen in NKWD-Haft.

Foto: picture-alliance / dpa / PRESSENS Bild



Ein französischer Partisan legt einen Sprengsatz an einem Bahngleis.

Foto, vermutlich 1944: bpk



Fünf Tage vor dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 im sogenannten Führerhauptquartier in der „Wolfsschanze“ bei Rastenburg: Oberst Claus Graf von Stauffenberg, Konteradmiral von Puttkamer, General Bodenschatz, Hitler, Generalfeldmarschall Keitel (mit Mappe; v.l.n.r.).

Foto: bpk / Heinrich Hoffmann



Soldaten der polnischen Heimatarmee beim Barrikadenkampf während des Warschauer Aufstandes im Sommer 1944.

Foto: picture-alliance / associated press / PAP



US-Truppen bei der Landung in der Normandie am 6. Juni 1944. Am ersten Tag der „Operation Overlord“ gingen 170 000 alliierte Soldaten an der französischen Küste an Land.

Foto: picture-alliance / United Archives



Am 25. April 1945 trafen bei Torgau an der Elbe erstmals sowjetische und amerikanische Truppen aufeinander. Das Foto wurde am Tag nach der Begegnung nachgestellt.

Foto: picture-alliance / akq-images

Kriegsende und Neuordnung

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Deutschland. 45 Millionen Tote in Europa lautete seine Schreckensbilanz. Ab 15. August ruhten auch im Pazifik die Waffen, nachdem die USA Hiroshima und Nagasaki mit Atombomben zerstört hatten. In dem in vier Besatzungszonen aufgeteilten Deutschland übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt. Ihr Ziel war die dauerhafte Sicherheit vor Deutschland, das durch Demilitarisierung und Dezentralisierung sowie durch die Denazifizierung und Demokratisierung seiner Bevölkerung erreicht werden sollte. Hatten die Alliierten bereits im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta das Nachkriegseuropa in Einflussphären aufgeteilt und weite Teile Ostmitteleuropas der Sowjetunion zugesprochen, vereinbarten sie auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945, in Ostmitteleuropa einheitliche Nationalstaaten

zu schaffen. Das nördliche Ostpreußen wurde Teil der Sowjetunion, während Polen mit einem Federstrich nach Westen bis an die Flüsse Oder und Neiße verschoben wurde. Das Potsdamer Abkommen sah die „Überführung“ der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn in „ordnungsgemäßer und humaner Weise“ vor. Für die 12,5 Millionen Deutschen, die ab 1944 von Evakuierung, Flucht und schließlich Vertreibung betroffen waren, sah die Realität anders aus. Als bald traten machtpolitische und ideologische Differenzen zwischen dem demokratisch verfassten Westen und der kommunistischen Sowjetunion zutage. Die beginnende Ost-West-Konfrontation förderte die Integration Westeuropas, die ab den 1950er Jahren auch die westdeutsche Bundesrepublik einschloss.



Häftlinge des KZ Dachau begrüßen ihre Befreier, nachdem die US-Armee am 29. April 1945 bis Dachau vorgerückt war.

Foto: bpk



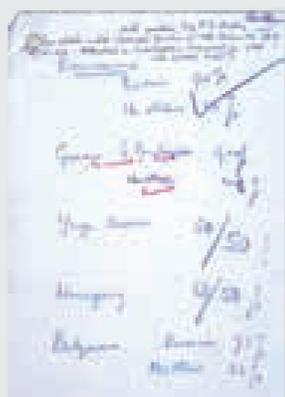
Der zerstörte Reichstag in Berlin, 1946. Nachdem Deutschland das Bombardement feindlicher Städte zum Teil der Kriegsführung erhoben hatte, antworteten die Alliierten mit einem systematischen Bombenkrieg gegen das Reich, der noch in den letzten Kriegsmonaten zur sinnlosen Zerstörung vieler Städte führte. Deutschland glich nach dem Krieg einer Trümmerwüste. 2,35 Millionen Wohnungen in den Westzonen und 640 000 in der SBZ lagen in Schutt und Asche. 7,5 Millionen Menschen waren obdachlos, lebten in Bunkern, Kellern und Baracken.

Foto: picture-alliance / akg-images



Auf der Potsdamer Konferenz verhandeln die Siegermächte vom 17. Juli bis 2. August 1945 über die Zukunft Deutschlands und Europas.

Foto: picture-alliance / ZB / Jewgeni Chaldej



Moskau, im Oktober 1944: Auf einem Blatt Papier teilen Churchill und Stalin Europa in Einflussphären auf. Danach sollten Rumänien und Bulgarien der Vormacht der Sowjets und Griechenland den Briten zugeordnet werden, während man sich den Einfluss in Ungarn und Jugoslawien zu teilen gedachte.

Faksimile: Public Record Office, London



Das Foto zeigt das Tor zum ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald, das von 1945 bis 1950 als eines von zehn sogenannten sowjetischen Speziallagern fungierte. Die Lager, die zunächst zur Internierung von Nationalsozialisten eingerichtet worden waren, wurden Teil des stalinistischen Terrors zur Durchsetzung der kommunistischen Diktatur. Von den rund 180 000 Insassen starb ein Drittel an den menschenunwürdigen Haftbedingungen.

Foto, 1952: picture-alliance / akg-images



In Güterzügen werden am 16. Mai 1946 vom Bahnhof Modrany Deutsche aus Prag abtransportiert. Ihr Ziel ist die von Amerikanern besetzte Zone im Westen.

Foto: picture-alliance / dpa / CTK Foto



Die Blockade West-Berlins durch die Sowjets in den Jahren 1948 / 49 nach Einführung der DM im Westteil der Stadt machte den Bruch zwischen den einstigen Alliierten unübersehbar. Die USA und Großbritannien sicherten mit einer Luftbrücke die Versorgung ihrer Stadthälfte und legten so den Grundstein für die Westbindung der Menschen in ihren Besatzungszonen.

Foto: picture-alliance / Everett Collection

Demokratie im Westen, Diktatur im Osten

1947 wurde die Kluft zwischen dem Westen und der Sowjetunion unübersehbar. US-Präsident Truman sicherte allen „freien Völkern“ im Kampf gegen den „Totalitarismus“ Unterstützung zu. Zugleich kündigte Washington den Marshallplan an, der den Wiederaufbau in Europa fördern sollte. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg zogen sich die USA nicht aus Europa zurück. Hatte Stalin bis dahin in Ostmitteleuropa noch Ansätze politischer Vielfalt aufrechterhalten, erfolgte ab 1948 die Sowjetisierung seines Herrschaftsbereichs. Die kommunistische Parteiherrschaft und die Planwirtschaft wurden rigoros durchgesetzt, jeder Anschein von Opposition und nicht zuletzt die Kirchen verfolgt. Bewaffneter Widerstand, der nach 1945 im Baltikum, in Polen, Rumänien und in der Ukraine aufblühte, wurde brutal niedergeschlagen. Schauprozesse

schufen eine Atmosphäre permanenten Terrors. In Europa hatte sich ein Eiserner Vorhang gesenkt, der nicht nur den Kontinent, sondern auch Deutschland und Berlin teilte. Die beiden deutschen Teilstaaten wurden seit ihrer Gründung 1949 in das jeweilige politische und ökonomische System integriert. Während die DDR von Anfang an eine Diktatur war, legitimierte sich die Bundesrepublik in freien Wahlen. Es entstand, wie fast überall in Westeuropa, eine parlamentarische Demokratie, die durch den Wirtschaftsaufschwung und den Aufbau des Sozialsystems immer breitere Zustimmung fand. Anders als in der Zwischenkriegszeit verlagerte sich die politische Auseinandersetzung von der Straße ins Parlament, in dem die politischen Lager koalitionsfähig wurden.



Sowjetischer Personenkult: Um eine überlebensgroße Statue von Stalin haben die Sängerinnen und Sänger des Stalin-Lenin-Chors bei einer Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution Aufstellung genommen, die im November 1947 in Moskau gefeiert wurde.

Foto: picture-alliance / ZB / Jewgeni Chaldej



Bilder, die sich gleichen: Kundgebungen in Ost-Berlin (1952), Prag (1949) und Budapest (1950). Die Sowjetisierung Ostmitteleuropas war Ende der 1940er Jahre weitgehend abgeschlossen.

Alle Fotos: picture-alliance / akg-images.



Konstituierende Sitzung des 1. Deutschen Bundestages am 7. September 1949. Das Parlament wählte am 15. September Konrad Adenauer zum ersten deutschen Bundeskanzler.

Foto: picture-alliance / akg-images



Schauprozess gegen den vormaligen kommunistischen Spitzenfunktionär und ungarischen Außenminister László Rajk im September 1949 in Budapest. Nachdem tatsächliche und vermeintliche politische Gegner gegen die kommunistische Umgestaltung Ostmitteleuropas verhaftet, verstummt oder ins Exil gegangen waren, wurde der Prozess zum Auftakt einer Säuberungswelle, die unter Anleitung Moskaus alle kommunistischen Parteien des Ostblocks erfasste und gleichschaltete.

Foto: picture-alliance / akg-images



Anders als im Ostblock waren die Wahlen westlich des Eisernen Vorhangs frei und geheim. Die Aufnahme zeigt, wie ein findiger Seifenhersteller den ersten Wahlkampf für eigene – werbliche – Zwecke ausgenutzt hat.

Foto: picture-alliance / dpa



Über 2,7 Millionen Ostdeutsche stimmten zwischen 1949 und 1961 mit den Füßen ab und flohen in den freien Westen. Die Aufnahme zeigt ein Flüchtlingslager in einer Werkhalle in Berlin-Tempelhof im März 1953.

Foto: picture-alliance / dpa-Zentralbild



Etwa 300 Studierende aus acht europäischen Ländern zerstören Anfang August 1950 die Grenzschranken zwischen St. Germanshof (deutsche Seite) und Wissembourg (französische Seite) und fordern in einer Proklamation in deutscher, englischer und französischer Sprache die Bildung eines europäischen Parlaments und einer europäischen Regierung.

Foto: picture-alliance / dpa

Kalter Krieg in der geteilten Welt

Am 29. August 1949 zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe und zog mit den USA als Nuklearmacht gleich. Es war der Beginn einer Rüstungsspirale, die dem Kalten Krieg zwischen Ost und West eine neue Dimension verlieh. Mit dem Ausbruch des Koreakriegs im Sommer 1950 drohte der Ost-West-Konflikt erstmals in einen heißen Krieg umzuschlagen. In der Folge entschlossen sich die Westmächte zu einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands, die 1955 im Rahmen der NATO erfolgte. Die DDR trat 1956 dem Warschauer Pakt bei. Deutschland war ein Brennpunkt des Kalten Kriegs geworden. Mit dem Schlagwort der „friedlichen Koexistenz“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus signalisierte Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow 1956 die Anerkennung des Status quo. Dennoch versuchte

auch er, die Westmächte aus dem geteilten Berlin zu verdrängen. Als die DDR durch den Flüchtlingsstrom über West-Berlin auszubluten drohte, entschied Moskau auf Drängen der SED, das letzte Schlupfloch in den freien Westen abzuriegeln. Der Mauerbau vom 13. August 1961 rettete die SED-Diktatur und zementierte die deutsche Teilung. Doch kaum war ein Konflikt-herd des Kalten Kriegs auf Kosten der Ostdeutschen befriedet, brachte die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba im Oktober 1962 die Welt an den Abgrund eines Atomkriegs. In der Folgezeit reifte in beiden Blöcken die Erkenntnis, dass nur die wechselseitige Anerkennung des Status quo, begleitet von einem Entspannungsprozess, ein nukleares Inferno verhindern würde.



US-Atombombentest in Nevada, 1953. In den 1950er Jahren begann der atomare Rüstungswettlauf der Supermächte.

Foto: picture-alliance / akg-images



US-Marines im Koreakrieg. In der Folge des Zweiten Weltkriegs war Korea in eine sowjetische und eine amerikanische Besatzungszone aufgeteilt worden, aus denen 1948 zwei Staaten hervorgegangen waren. 1950 entbrannte zwischen dem kommunistischen Norden und dem Süden der Halbinsel ein Krieg, der sich zu einem blutigen Stellvertreterkrieg zwischen den beiden politischen Ordnungssystemen entwickelte und 1953 mit einem Waffenstillstand endete.

Foto, Dezember 1950: picture-alliance / akg-images



Aufnahme in das westliche Verteidigungsbündnis. V.l.n.r.: Der französische Ministerpräsident Pierre Mendès France, der amerikanische Außenminister John Foster Dulles, sein britischer Amtskollege Sir Anthony Eden und Bundeskanzler Konrad Adenauer stellen sich am 20. Oktober 1954 im Pariser Palais de Chaillot zu Beginn der Außenministerkonferenz der Westmächte über die Wiederbewaffnung Westdeutschlands für eine Pressekonferenz auf.

Foto: picture-alliance / dpa



Parade der Nationalen Volksarmee am 1. Mai 1956 in Ost-Berlin. Der Aufbau einer Armee war der DDR bereits im April 1952 von Moskau aufgetragen worden. Bei einem Befehlsempfang bei Stalin hatte DDR-Präsident Wilhelm Pieck damals notiert: „Volksarmee schaffen ohne Geschrei“.

Foto: BArch, Bild 183-37800-0078 / o.Ang



Fröhliche Mienen beim Gipfeltreffen von Nikita Chruschtschow (l) und John F. Kennedy (r.) am 3. Juni 1961 in Wien. In einem gemeinsamen Kommuniqué versicherten die beiden Staatschefs „in allen Fragen, die für beide Länder und für die ganze Welt von Interesse sind, Kontakt zu halten“.

Foto: picture-alliance / dpa



In der Nacht zum 13. August 1961 wurden alle Zugänge nach West-Berlin mit Stacheldraht und bewaffneten Posten abgeriegelt. In den folgenden Tagen und Wochen wurde unter Aufsicht von DDR-Polizei und Volksarmee mit dem Bau der eigentlichen Mauer begonnen, die die Stadt 28 Jahre teilen sollte.

Foto: Bundesregierung / Wolf



Ende Oktober 1961 kam es am Checkpoint Charlie in der Berliner Friedrichstraße zur Konfrontation zwischen Amerikanern und Sowjets, als DDR-Grenzer Angehörigen der westlichen Alliierten den ihnen nach Besatzungsrecht zustehenden Zugang nach Ost-Berlin verweigerten. Kurze Zeit stand die Welt am Rande eines Krieges.

Foto: picture-alliance / dpa / upi



Nachdem die US-Luftaufklärung im Oktober 1962 sowjetische Atomraketen auf Kuba identifizierte, verhängten die USA eine Seeblockade gegen die Insel, um weitere Raketenstationierungen zu verhindern. Zugleich forderte Washington den Abzug der bereits vorhandenen Raketen. Selten waren die Supermächte näher an einem Atomkrieg als in jenen Tagen.

Foto: picture-alliance / dpa

Aufstände im Ostblock

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 rechnete Chruschtschow mit Stalins Verbrechen ab. Kurzzeitig keimte Hoffnung auf einen Wandel des Kommunismus. In Polen brachten im Herbst 1956 Massendemonstrationen Władysław Gomułka an die Macht. Er beendete die Zwangskollektivierung, öffnete der Kirche Freiräume und dämmte die Staatssicherheit ein. Während in Polen die führende Rolle der Partei unangetastet blieb, kam es zeitgleich in Ungarn zu einer bürgerlich-demokratischen Revolution, in deren Verlauf der Reformkommunist Imre Nagy als Ministerpräsident einer Mehrparteienregierung Ungarns Austritt aus dem Warschauer Pakt erklärte. Moskaus Antwort war die militärische Intervention. In der DDR, in der schon am 17. Juni 1953 ein Volksaufstand von sowjetischen Panzern nieder-

geschlagen worden war, nutzte Walter Ulbricht die Stunde, um mit seinen Kritikern abzurechnen. Er stand auch auf Seiten des Kremls, als Panzer des Warschauer Paktes 1968 in der ČSSR den „Prager Frühling“ niederwalzten. Ab Mitte der 1970er Jahre entwickelte sich in Polen eine immer machtvollere Opposition, die 1980 die Zulassung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność erkämpfte, die bald zehn Millionen Mitglieder zählte. Unter dem Druck Moskaus verhängte Ministerpräsident General Wojciech Jaruzelski Ende 1981 das Kriegsrecht und verbot die Gewerkschaft. Auch wenn im Zuge der Entstalinisierung nach und nach die offene Gewalt und die Atmosphäre des Terrors in den kommunistischen Diktaturen endete, wurden tatsächliche oder vermeintliche Oppositionelle bis zuletzt verfolgt, zersetzt und inhaftiert.



Am 24. Oktober 1956, einen Tag nach Beginn des Ungarn-Aufstands, stürzten aufgebrachte Bürger vor dem ungarischen Nationaltheater die Statue des verhassten Diktators Stalin.
 Foto: picture-alliance/associated press/Arpad Hazafi



Präsidium des XX. Parteitages der KPdSU, der vom 14. bis 26. Februar 1956 tagte. Am 25. Februar hielt Chruschtschow eine Geheimrede, in der er mit Stalins Verbrechen abrechnete und im Ostblock die Entstalinisierung einleitete.
 Foto: picture-alliance/akg-images



Am 17. Juni 1953 eskalieren Ost-Berliner Arbeiterproteste zu einem Volksaufstand, der die gesamte DDR erfasst. In über 700 Städten und Gemeinden gingen eine Million Menschen gegen die SED-Diktatur auf die Straße. Es bedurfte sowjetischer Panzer, um das SED-Regime zu retten. Es war der erste große Aufstand gegen eine kommunistische Diktatur in der Nachkriegszeit.
 Foto: BArch, Gesamtdeutsches Institut, Fotograf: o.Ang



Triumph der polnischen Opposition. Mit dem Danziger Abkommen erkannte die polnische Regierung am 31. August 1980 die unabhängige Gewerkschaft Solidarność an. Das Foto zeigt Lech Wałęsa mit demonstrierenden Arbeitern der Danziger Leninwerft.
 Foto, August 1980. BStA/Harald Schmitt, Nr. 80 0846 002FV



Ende Juni 1956 kam es in Poznań zu einem Streik und zu Massenprotesten, die von der polnischen Armee blutig niedergeschlagen wurden. Das Foto zeigt eine Frau, die am 29. Juni 1956 auf dem Messegelände zu den aufständischen Arbeitern spricht. Rechts im Bild ist eine Fahne, die mit dem Blut eines erschossenen Kindes getränkt ist.
 Foto: picture-alliance/UPI



Sowjetische Panzer werden von aufgebrachten Prager Bürgern umringt. In der Nacht zum 21. August 1968 waren Truppen des Warschauer Paktes in der ČSSR einmarschiert, um Alexander Dubčeks Versuch niederzuwalzen, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu verwirklichen.
 Foto: picture-alliance/dpa



Der kommunistische Regimekritiker Robert Havemann kurz vor seinem Tod mit dem oppositionellen evangelischen Pfarrer Rainer Eppelmann in Grünheide bei Berlin, 1982. Nachdem die SED Anfang der 1950er Jahre jegliche organisierte Opposition zerschlagen hatte, war Dissidenz in der DDR bis in die 1970er Jahre von innerkommunistischer Opposition geprägt. Nach deren offenkundigen Scheitern formierte sich der Widerspruch im letzten Jahrzehnt des Regimes immer mehr in unabhängigen Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsgruppen, die häufig unter dem Dach der evangelischen Kirche Schutz fanden.
 Foto: BStA, Harald Schmitt, Nr. 82_0319_001FV

Ökonomischer Systemwettstreit

„You’ve never had it so good!“ Was der britische Premier Harold Macmillan seinen Landsleuten 1957 ins Stammbuch schrieb, galt für weite Teile Westeuropas. Das „Wirtschaftswunder“ sorgte seit den 1950er Jahren für wachsenden Wohlstand, Vollbeschäftigung und steigende Löhne. Konsumgesellschaft und Sozialstaat wurden zu Stabilitätsankern nicht nur der westdeutschen Demokratie. Beide politische Lager warben um Zustimmung, indem sie bessere Lebensverhältnisse versprachen. Doch im Ostblock blieben Versorgungskrisen allgegenwärtig. „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“, hieß das letztlich unerfüllte Zukunftsversprechen. Trotz aller Defizite gab das sowjetische Wirtschaftssystem noch lange gleichermaßen Anlass für Erwartungen und Befürchtungen. Als die UdSSR 1957 den ersten Satelliten in den Welt-

raum schoss, war der Westen angesichts des technischen und militärischen Potenzials Moskaus geschockt. Während in den 1970er Jahren die Ölkrise das Ende des unbegrenzten Wachstums markierte und im Westen die Arbeitslosenzahlen anstiegen, sorgten die hoch entwickelten Sozialsysteme für gesellschaftliche Stabilität. Im Ostblock hatte am Vorabend der globalen Wirtschaftskrise ein fataler Kurswechsel stattgefunden. Immer mehr Ressourcen landeten im Wohnungsbau und im Konsum. Die sozialen Errungenschaften, mit denen um die Zustimmung der Bevölkerung gebuhlt wurde, waren mit westlichen Krediten finanziert. Die wachsende Überschuldung und eine immer marodere Wirtschaft verschärften die ökonomische Situation, die die kommunistischen Regime in den 1980er Jahren in den Abgrund führte.



Mit dem eigenen Auto nach Italien. Nicht nur für den Fahrer des VW-Käfers ging es seit Ende der 1950er Jahre merklich aufwärts.
 Foto: picture-alliance / Marc Suski



Ludwig Erhard, Bundesminister für Wirtschaft und Verkörperung des deutschen Wirtschaftswunders (r), im Gespräch mit dem britischen Premierminister Harold Macmillan (l) während einer Schifffahrt auf dem Rhein. In der Bildmitte: Walter Hallstein, Staatssekretär im Auswärtigen Amt.
 Foto: Bundesregierung / Steiner



Protestkundgebung der IG Metall während eines Tarifkonflikts am 8. Dezember 1971 in Stuttgart. Der durchschnittliche Jahresarbeitslohn hatte sich zwischen 1960 und 1970 mehr als verdoppelt.
 Foto: picture-alliance / Rainer Kruse



Der Ölpreisschock 1973 hatte nicht nur eine wirtschaftliche Rezession zur Folge. In den 1970er Jahren ging auch der Glaube an ein immerwährendes Wachstum verloren. Mit Sonntagsfahrverboten und Geschwindigkeitsbegrenzungen versuchte die Bundesregierung vergeblich, den Benzinverbrauch nennenswert zu senken.
 Foto, 25. November 1973: picture-alliance / dpa



Zwischen der SED-Propaganda und der ökonomischen Realität in der DDR klappte im Verlauf der Jahrzehnte eine immer tiefere Lücke. Straßensicht aus Stralsund.
 Foto, März 1981: BStA, Harald Schmitt, Nr. 2612



Nach seinem Amtsantritt als SED-Chef 1971 versprach Erich Honecker der Bevölkerung eine „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus“. Ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm, der Ausbau der Familienförderung und die Einführung der 40-Stunden-Woche sollten um Zustimmung der Bevölkerung zur DDR werben. Während sich diese Hoffnung bald zerschlagen sollte, stieg die Verschuldung der DDR im westlichen Ausland beständig an.
 Foto: picture-alliance / zb



Blick in die Produktionshalle des VEB Fernsehgerätewerk Staßfurt, 1973. Spätestens 1980 verfügte statistisch gesehen jeder DDR-Haushalt über ein TV-Gerät, mit dem die meisten DDR-Bürger allabendlich mit dem Westfernsehen aus dem DDR-Alltag „emigrierten“.
 Foto: picture-alliance / ZB / Klaus Morgenstern



Eine Intershop-Filiale in Ost-Berlin am Bahnhof Friedrichstraße, 1977. In den 1980er Jahren gab es in der DDR fast 400 solcher Geschäfte, in denen jene DDR-Bürger den beständigen Versorgungsmängeln entkommen konnten, die über Westgeld verfügten.
 Foto: BStA, Harald Schmitt, Nr. 31

Liberalisierungsprozesse in Westeuropa

Den wachsenden Wohlstand im Westen begleitete ein weitreichender gesellschaftlicher und kultureller Wandel. Der Wunsch nach individueller Freiheit und Selbstentfaltung wurde lauter. Mit Rock'n'Roll, langen Haaren und Jeanshosen forderte die Nachkriegsjugend die alten Autoritäten heraus. Im Verlauf der 1960er Jahre politisierte sich die Jugendbewegung. 1968 gingen vielerorts Studierende auf die Straße, in Frankreich und Italien zeitweilig zusammen mit den Arbeitern. Der Protest richtete sich gegen den US-amerikanischen Krieg in Vietnam und gegen verkrustete Strukturen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Viele Demonstranten träumten von der großen Revolte. In der Bundesrepublik begann man, intensiver als je zuvor, nach der NS-Vergangenheit zu fragen. Das Establishment reagierte

auf die Demonstrationen geschockt und zunächst mit Polizeigewalt. Eine radikalisierte linke Minderheit sah einen neuen Faschismus aufziehen. In Italien und Westdeutschland gingen in den 1970er Jahren kleine Gruppen in den Untergrund, um „das System“ mit Terror zu überwinden. Letztlich gelang es den politischen Systemen des Westens, die aufbegehrende Jugend zu integrieren. Der kulturelle Wandel des Westens machte am Eisernen Vorhang nicht halt. Zudem hatten die jungen Mittel- und Osteuropäer mit dem Prager Frühling ihr eigenes „1968“. Den politischen Regimen im Osten fehlte jedoch die Kraft, um die immer individualistischere und selbstbewusstere Jugend in das System einzubinden. Dadurch vertiefte sich dort die Kluft zwischen den Herrschenden und den Beherrschten beständig.



Provokation von Mitgliedern des Sozialistischen Hochschulbundes bei der Übergabe des Rektorenamtes an der Universität Hamburg am 9. November 1967. Die Studentenbewegung der 1960er Jahre stellte die alten Autoritäten infrage und forderte vehement Reformen ein.

Foto: picture-alliance / dpa



Im Mai 1968 kam es in Frankreich zu einer Streikwelle sowie zu Massenkundgebungen gegen die Regierung de Gaulle, die in Straßenschlachten zwischen Studierenden und der Polizei gipfelte.

Foto: picture-alliance / dpa



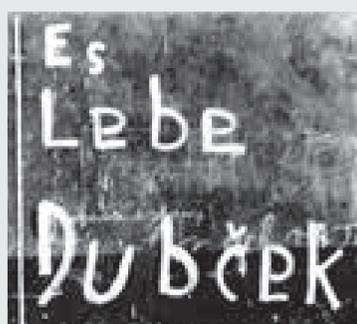
Konfrontation zwischen Demonstranten und der Polizei am 12. April 1968, nachdem der Studentenfürher Rudi Dutschke am Vortag von einem in neonazistischen Kreisen verkehrenden Hilfsarbeiter angeschossen und schwer verletzt worden war.

Foto: BStU, Klaus Mehner, 68_0412_POL_OsterDemo_12



Der christdemokratische Spitzenpolitiker Aldo Moro war am 16. März 1978 von den Roten Brigaden in Italien entführt und nach 55 Tagen Geiselnhaft tot aufgefunden worden. Die Roten Brigaden in Italien und die Rote Armee Fraktion (RAF) in der Bundesrepublik Deutschland verantworteten in den 1970er und 1980er Jahren zahlreiche Banküberfälle, Anschläge und Morde, mit denen sie die politischen Systeme ihrer Länder überwinden wollten.

Foto: picture-alliance / dpa



Die Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 erschütterte bei vielen Menschen den Glauben an einen demokratischen Sozialismus. In der DDR bekundeten viele spontan ihre Solidarität mit den von Dubček eingeleiteten Reformen.

Quelle: BStU, MfS, Ast 102/83 HA Bd.1, S.34



Demonstration gegen den §218 in Hamburg am „Internationalen Frauentag“, 1980. Seit Ende der 1960er Jahre geriet das traditionelle Leitbild der Hausfrauenehe in die Kritik. Frauen forderten vehement und mit wachsendem Erfolg Gleichberechtigung und Selbstbestimmung.

Foto: picture-alliance / keystone



Auf dem Gründungsparteitag der Grünen gedenken die Delegierten am 12. Januar 1980 Rudi Dutschkes, der am 24. Dezember 1979 an den Spätfolgen des gegen ihn gerichteten Attentats gestorben war. Mit der neuen Partei schufen sich die Rebellen der späten 1960er Jahre eine neue Plattform für ihre gegen die Herrschaft der etablierten Parteien gerichtete Politik.

Foto: picture-alliance / dpa

Entspannungspolitik

Nach der Kubakrise 1962 setzten die USA und die UdSSR auf Entspannung. Auch in der Bundesrepublik wuchs die Überzeugung, dass die deutsche Frage nur im europäischen Rahmen lösbar sei. Die faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in Gewaltverzichtsverträgen mit der UdSSR und Polen durch die Regierung Brandt und das Berliner Viermächte-Abkommen bereiteten den 1972 unterzeichneten Grundlagenvertrag vor. Nach mehr als zwei Jahrzehnten der Sprachlosigkeit regelten die beiden deutschen Staaten mit diesem Vertrag ihr Nebeneinander. Ost-Berlin revanchierte sich für die De-facto-Anerkennung mit Erleichterungen beim innerdeutschen Reiseverkehr sowie bei Familienzusammenführungen. In dem Maß, in dem Bonn auf „Wandel durch Annäherung“ setzte, sah Ost-Berlin eine „Aggression auf Filzlätschen“

und rückte vom bis dahin proklamierten Ziel der deutschen Einheit ab. 1975 erreichte die Entspannungspolitik in Europa mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki ihren Höhepunkt. Die Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich zu vertrauensbildenden Maßnahmen im militärischen Bereich, zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und einer engeren Kooperation. In den Ostblockstaaten nahmen mutige Menschen die Akte beim Wort und forderten die zugesagten Freiheitsrechte ein. Ein erstes unüberhörbares Signal setzte zwei Jahre später die Charta 77 in der Tschechoslowakei. Deren Initiatoren, allen voran Václav Havel, führten 1989 die Samtene Revolution gegen das Regime an. So beförderte der KSZE-Prozess, mit dem die kommunistischen Regime den Status quo festschreiben wollten, letztlich deren Untergang.



Bundeskanzler Helmut Schmidt im Gespräch mit SED-Chef Erich Honecker (l.) am Rande der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 30. Juli 1975.

Foto: Bundesregierung/Reineke



Bundeskanzler Willy Brandt kniet am 7. Dezember 1970 vor dem Mahnmahl im einstigen jüdischen Ghetto in Warschau. Im Magazin „Der Spiegel“ schreibt Hermann Schreiber später: „Wenn dieser [...] für das Verbrechen nicht mitverantwortliche, damals nicht dabeigewesene Mann [...] dort niederkniet – dann kniet er da also nicht um seinetwillen. Dann kniet er, der das nicht nötig hat, da für alle, die es nötig haben, aber nicht da knien – weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können. Dann bekennt er sich zu einer Schuld, an der er selber nicht zu tragen hat, und bittet um eine Vergebung, derer er selber nicht bedarf. Dann kniet er da für Deutschland.“ Das Foto wurde zur Ikone der neuen Bonner Ostpolitik und der Aussöhnung mit Polen.

Foto: Bundesregierung/Reineke



Leonid Breschnew (l.) und Richard Nixon (r.) nach der Unterzeichnung des Rüstungskontrollabkommens SALT I am 26. Mai 1972 in Moskau. Die Zeremonie im Katharinenaal des Kreml war Höhepunkt des ersten offiziellen Besuchs eines US-Präsidenten in der Sowjetunion.

Foto: picture-alliance/dpa



Andrang am Grenzübergang Oberbaumbrücke (Kreuzberg/Friedrichshain) nach Inkrafttreten der zeitweiligen Regelung über den Besuchsverkehr zwischen der DDR und West-Berlin am 29. März 1972. Nach Jahren der Sprachlosigkeit regeln ab 1971 eine Reihe von innerdeutschen Verträgen das Nebeneinander der beiden deutschen Staaten und lindern so die Folgen der Teilung.

Foto: BArch, Bild 183-L0521-0013/Klaus Franke



Noch vor Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki forderte Martin Böttger am 1. Mai 1975 in Karl-Marx-Stadt die Verwirklichung der Menschenrechte in der DDR ein. Böttger zählte 1985 zu den Mitbegründern der Initiative Frieden und Menschenrechte.

Foto: BStU Chemnitz AOP 2183/77



Bei einem Geheimtreffen am 27. Juli 1978 im böhmischen Riesengebirge verfassen Vertreter der tschechoslowakischen und polnischen Opposition zwei gemeinsame Erklärungen. Im Bild v.l.n.r.: Marta Kubišová und Václav Havel aus der CSSR sowie die Polen Jacek Kuroń (stehend), Adam Michnik, Antoni Macierewicz und Jan Lityński (von hinten).

Foto: Jiří Bednář / Libri prohibiti, Praha



1982 forderten Bürger mit dem „Weißen Kreis“ auf dem Platz der Kosmonauten in Jena die Bewilligung ihrer Ausreise in den Westen.

Foto: BStU, MfS HA XX/Fo/211-Bild 54

Friedliche Revolutionen

Die 1970er und 1980er Jahre waren von einem Trend zur Demokratie geprägt, der zunächst die autoritären Regime Portugals, Spaniens und Griechenlands erfasste, am Eisernen Vorhang dann jedoch haltzumachen schien. Anfang der 1980er Jahre sorgten ein neuer Rüstungswettlauf und der sowjetische Afghanistankrieg für Verhärtungen zwischen den Blöcken und innerhalb des kommunistischen Machtbereichs. Ab 1986 versuchte KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow, den Systemzusammenbruch mit Reformen zu verhindern. Bei den Regierenden in der DDR und ČSSR stießen Glasnost und Perestrojka auf Ablehnung. Währenddessen ermöglichten sie in Polen die Wiedezulassung der Solidarność und den Sieg der Opposition in den ersten halbfreien Wahlen im August 1989. In Ungarn ebneten kommunistische

Reformer, getrieben von der Opposition, den Weg in die Demokratie. Die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze im September, mit der der „Eiserne Vorhang“ fiel, verschärfte die finale Krise der DDR, in der die Massenflucht und immer mächtigere Demonstrationen die SED-Führung im Herbst in die Knie zwangen. Der Mauerfall vom 9. November 1989 wurde zum Symbol der friedlichen Revolutionen gegen die kommunistischen Diktaturen in Europa, die in Rumänien und im Baltikum von Gewalt überschattet wurden. Tragisch verlief der Zerfall Jugoslawiens, der in einen blutigen Bürgerkrieg mündete. Im August 1991 versuchten kommunistische Putschisten in Moskau, die Uhr zurückzudrehen. Sie scheiterten am Widerstand der Bevölkerung, die im Dezember das Ende der UdSSR feierte.



Ein historischer Moment: Österreichs Außenminister Alois Mock (l) und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn durchtrennten am 27. Juni 1989 symbolisch den Eisernen Vorhang.
 Foto: picture-alliance/dpa



Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow (r) und US-Präsident Ronald Reagan bei ihrem ersten Gipfeltreffen am 21. November 1985 in Genf. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sorgten Abrüstungsverhandlungen für wachsendes Vertrauen zwischen den Blöcken.
 Foto: picture-alliance/dpa



Der Kulturpalast in Warschau, der Stein gewordene Stalinismus in Polen, war im Juni 1987 Kulisse einer Messe während der dritten Polenreise von Papst Johannes Paul II. Das Foto symbolisiert den Einfluss der katholischen Kirche auf Polen in den 1970er und 1980er Jahren.
 Foto: picture-alliance/dpa / Polska Agencja Interpress



Am 23. August 1989, dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes, forderten Esten, Letten und Litauer mit einer 600 Kilometer langen Menschenkette die staatliche Unabhängigkeit.
 Foto: picture-alliance/dpa



Die Samtene Revolution. Großdemonstration auf dem Prager Wenzelsplatz, Ende November 1989.
 Foto: BStA/Harald Schmitt, Nr. 3



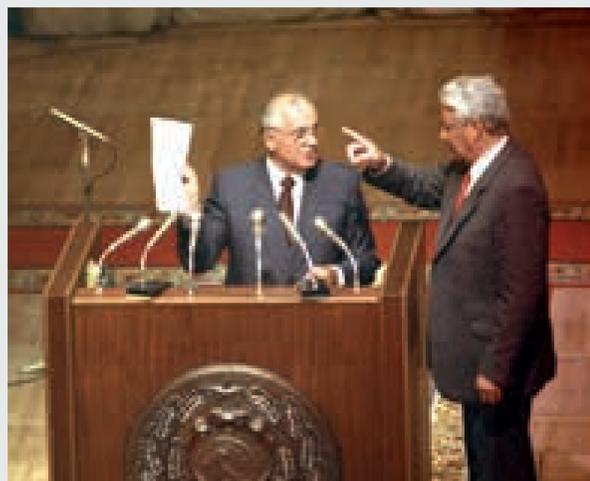
Menschenmenge am 10. November 1989 vor und auf der Berliner Mauer vor dem Brandenburger Tor.
 Foto: Bundesregierung/Lehnartz



Am Runden Tisch in Warschau, Aufnahme vom 5. April 1989. Zwischen dem 6. Februar und 5. April verhandelten die Opposition und die Regierung den friedlichen Übergang Polens von der kommunistischen Diktatur zur Demokratie.
 Foto: picture-alliance/dpa

Nach dem Sturz des Diktators Nicolae Ceaușescu am 22. Dezember 1989 herrschten in Rumänien bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Aufnahme vom 24. Dezember zeigt den Kampf gegen Heckenschützen des kommunistischen Geheimdienstes Securitate.

Foto: picture-alliance/dpa



Der russische Präsident Boris Jelzin (r) stellt den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow auf einer Dringlichkeitssitzung des russischen Parlaments am 23. August 1991 zur Rede, nachdem zwei Tage zuvor ein Putsch kommunistischer Verschwörer gescheitert war.
 Foto: BStA, Harald Schmitt, Nr. 91 0822 001

24
 Geschichte zum Hören

Umbruch, Aufbruch, Neuanfang

Die friedlichen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa ebneten den Weg zur Überwindung der europäischen Teilung. Bereits am 3. Oktober 1990 war Deutschlands Einheit im Einvernehmen mit seinen Nachbarn wiederhergestellt. Bald folgten Schritte hin zu einer europäischen Integration. Der Vereinbarung über eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion folgte 1992 der Vertrag von Maastricht, aufgrund dessen sich die Europäischen Gemeinschaften mittels einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer Kooperation im Bereich Justiz und Inneres zu einer Europäischen Union entwickelten. Als Symbol für das Zusammenwachsen wurde ab 2002 der Euro als einheitliches Zahlungsmittel in zunächst zwölf europäischen Staaten eingeführt. In den 1990er Jahren drängten die postkommunistischen

Staaten auf einen raschen Beitritt zur EU. Diese Forderung entsprach in jenen Ländern einem breiten gesellschaftlichen Konsens. Die Menschen erhofften sich davon eine Teilhabe sowohl an der europäischen Kultur der Freiheit und Demokratie als auch am westlichen Wohlstand. Darüber hinaus galten die Anforderungen für den EU-Beitritt vielen als unverzichtbarer Reformmotor, damit die demokratische Transformation der eigenen Länder nicht ins Stocken geriete. Schließlich wurde der Beitritt zur EU wie auch zur NATO als Garant für die wiedergewonnene nationale Souveränität betrachtet. Am 1. Mai 2004 erfolgte die Aufnahme von acht ehemals kommunistisch beherrschten Staaten in die EU. Noch nie zuvor war Europa geeinter, demokratischer und zukunftsfroher als zu diesem Zeitpunkt.



Sitzung des Europäischen Parlaments im Januar 2007 in Straßburg
 Foto: Bundesregierung/Kühler



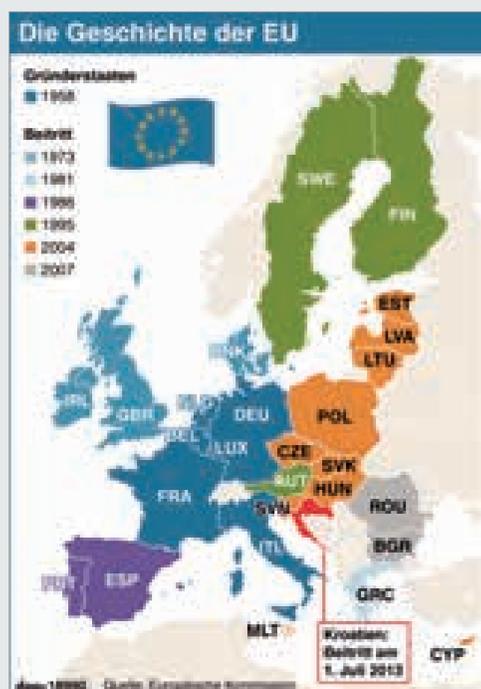
Feierlichkeiten vor dem Brandenburger Tor in Berlin in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990. 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die Deutschen wieder in einem souveränen Staat vereint.

Foto: Bundesregierung/Reineke



Die Fahnen alter und neuer EU-Mitglieder wehen am 30. April 2004 vor dem Rathaus in der Altstadt von Prag. In ganz Europa feierten Millionen Menschen die Ost-Erweiterung der EU. Von Malta bis Tallinn bejubelten sie das Ende der jahrzehntelangen Teilung des Kontinents.

Foto: picture-alliance/dpa/CTK



Karte der EU-Mitgliedsstaaten und deren Beitrittsjahr.

Abbildung: picture-alliance/dpa-Grafik



Bundespräsident Joachim Gauck (l.) und der polnische Präsident Bronisław Komorowski eröffnen am 2. August 2012 in Kostrzyn, Polen, das Musikfestival „Haltestelle Woodstock“.

Foto: Bundesregierung/Bergmann



„Festung Europa“? Die Grenzsicherung zwischen Griechenland und der Türkei. Seit 1963 strebt die Türkei – bislang vergeblich – den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft an.

Foto: picture-alliance/dpa/ANA-MPA/Nikos Arvanitidis



Fluchtpunkt Europa: Bootsflüchtlinge aus Nordafrika erreichen die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa.

Foto: April 2011 picture-alliance/dpa/ANSA/Ettore Ferrari

Europa als Herausforderung

In dem vom Krieg verwüsteten Kontinent gewann die Vision eines geeinten Europas an Strahlkraft, das seinen Bürgerinnen und Bürgern Frieden, Stabilität und Wohlstand garantieren würde. Die Erfahrung zweier Weltkriege und die neue Bedrohung durch den kommunistischen Block gaben ehemaligen Todfeinden die Kraft, seit den 1950er Jahren zunächst einen gemeinsamen Markt in Westeuropa zu schaffen. Eine wesentliche Voraussetzung dafür war die französisch-deutsche Aussöhnung, die bewies, dass Feindbilder überwunden werden können. Die friedlichen Revolutionen gegen die kommunistischen Diktaturen verliehen der europäischen Idee neue visionäre Kraft, die mit der EU-Osterweiterung 2004 einen weiteren Höhepunkt erreichte. Das europäische Bewusstsein blieb gleichwohl hinter dem rasanten politischen und ökonomischen Integrationsprozess zurück, der die

EU über Nacht zum weltweit wichtigsten Binnenmarkt gemacht hatte. Nur mit Mühe fand die Europäische Union in die Rolle als Friedensmacht, nachdem es ihr in den 1990er Jahren nicht gelungen war, den Bürgerkrieg und die „ethnischen Säuberungen“ im ehemaligen Jugoslawien zu beenden. Und noch fehlt es ihr an Konzepten, um der wachsenden Europaskepsis zu begegnen, die von der aktuellen schweren Finanzkrise befeuert wird und neuem Nationalismus und Protektionismus Vorschub leistet. Die Streiflichter, die diese Ausstellung auf die letzten 100 Jahre der Geschichte Europas wirft, sollen verdeutlichen, dass es zu einem geeinten und sozialen Europa keine Alternative gibt und dass – gemessen an den Abgründen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts – alle Probleme der Gegenwart lösbar sind und gelöst werden müssen.



Europa bauen. Was hier symbolisch erfolgt, bedarf in der europäischen Realität beständig neuer Legitimation. Zwischen 2005 und 2011 sank die Zahl derjenigen Befragten, die in Deutschland die Aussage „Europa ist unsere Zukunft“ bejahen, von 62 auf 41 Prozent.

Foto: European Union, 2013



Bundeskanzler Konrad Adenauer (l) und Frankreichs Präsident Charles de Gaulle nach der Unterzeichnung des „Elysée-Vertrags“ über die deutsch-französische Zusammenarbeit am 22. Januar 1963. Die Aussöhnung der einstigen Kriegsgegner war eine wesentliche Voraussetzung für den europäischen Integrationsprozess.

Foto: Bundesregierung, Schwahn



Deutsche KFOR-Soldaten beim Kampfeinsatz im Juni 1999 in Prizren im Kosovo.

Foto: picture-alliance / dpa / AFP / epa



11 541 rote Stühle erinnern am 6. April 2012 in Sarajewo an die Opfer der vierjährigen Belagerung der Stadt durch serbische Truppen, die 20 Jahre zuvor ihren Anfang genommen hatte.

Foto: picture-alliance / PIXSELL



Am 1. Juli 2013 wurde Kroatien der 28. Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Am Vorabend des Beitritts feiern junge Kroaten die Aufnahme ihres Landes in die Staatengemeinschaft.

Foto: picture-alliance / PIXSELL / Anto Magzan



Protest gegen die harten Sparauflagen zur Bewältigung der Finanzkrise in Griechenland. Nicht nur in den Krisenländern wird in der anhaltenden Wirtschaftskrise die europäische Idee immer häufiger infrage gestellt.

Foto: Juni 2013: picture-alliance / dpa / ANA / MPA / Orestis Panagiotou

DIE HERAUSGEBER

Das 1949 gegründete **Institut für Zeitgeschichte** mit Sitz in München und Berlin ist das einzige historische Institut in der Bundesrepublik, das die gesamte deutsche Zeitgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg mit starkem internationalen Akzent erforscht. www.ifz-muenchen.de

Deutschlandradio Kultur ist ein themen- und facettenreiches Kulturprogramm mit den Schwerpunkten Kultur und Musik. Das Programm bietet zahlreiche künstlerische Eigenproduktionen – Hörspiele, Features, Livekonzerte, Kinderfunk, aktuelle Berichte aus der Kulturszene und aktuelle Politik. www.deutschlandradiokultur.de

Die **Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur** trägt mit ihrer Projektförderung sowie vielfältigen eigenen Angeboten zur umfassenden Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktaturen in Deutschland und Europa bei. www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

PROJEKTL EITUNG UND GESTALTUNG

Kurator der Ausstellung ist **Dr. Ulrich Mähler**, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der zugleich für die Bildrecherche verantwortlich war.

Die Ausstellungsgestaltung übernahm der Leipziger Historiker und Grafiker **Dr. Thomas Klemm**, der bereits mehrere zeithistorische Ausstellungen der Bundesstiftung Aufarbeitung gestaltet hat. www.thomasklemm.com

DIE AUTOREN



Prof. Dr. Andreas Wirsching ist Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 2012 erschien von ihm „Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit“.



Dr. Petra Weber ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte des Sozialismus, der Weimarer Republik und der beiden deutschen Staaten.

DANKSAGUNG

Die Herausgeber danken der Agentur dpa Picture-Alliance GmbH und dort Henning Schröder sowie Sebastian Knecht, die das Vorhaben durch entgegenkommende Konditionen und engagierte Recherchen in ihren zahlreichen europäischen Partnerarchiven möglich gemacht haben. Die Herausgeber konnten zudem die Bestände der Bildagentur bpk der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, des Bundesarchivs und des Bundespresenamt uneingeschränkt für das Projekt nutzen und sind Hanns-Peter Frenz (bpk), Dr. Oliver Sander (BArch) und Arvid Brunnemann (BPA) für diese Unterstützung sehr verbunden. Dem Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) ist es zu verdanken, dass die Ausstellung mit Audiodokumenten ergänzt werden konnte. Der besondere Dank der Herausgeber gilt der DAIMLER AG, die das Ausstellungsprojekt mit einer Spende unterstützt hat. Last but not least sind die Herausgeber den Professoren Dr. Manfred Wilke, Dr. Wolfgang Benz, Dr. Peter Steinbach und Dr. Krzysztof Ruchniewicz sowie Dr. Jens Schöne dankbar, die das Konzept und/oder die Texte der Ausstellung durchgesehen und kritisch kommentiert haben.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Die Literatur zur deutschen und europäischen Zeitgeschichte ist unüberschaubar. Nachfolgende Leseempfehlungen laden dazu ein, sich vertiefend mit dem Thema der Ausstellung zu befassen. „Das Zeitalter der Extreme“ ist eine Begriffsprägung des 2012 verstorbenen britischen Historikers Eric Hobsbawm und zugleich Titel seiner 1995 erschienenen „Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“, die auch heute noch lesenswert ist (zuletzt dtv 1998). Der niederländische Journalist Geert Mak macht sich mit „In Europa“ auf „eine Reise durch das 20. Jahrhundert“ (Pantheon 2007), die Vergangenheit und Gegenwart auf beispielhafte Weise verknüpft. Wer sich näher mit der „Zeit der Weltkriege 1914-1945“ beschäftigen will, dem sei Heinrich August Winklers „Geschichte des Westens“ (C. H. Beck 2011) empfohlen. Die „Geschichte Europas“ nach 1945 hat der britische Historiker Tony Judt (Fischer 2009) verfasst, die Zeit seit 1990 der Ko-Autor der Ausstellung Andreas Wirsching in „Der Preis der Freiheit“ (C. H. Beck 2012).

Allen historisch Interessierten sei die Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung www.bpb.de/geschichte empfohlen, auf der sich zahlreiche Aufsätze und Materialien sowie Publikationen zur europäischen Geschichte finden, die kostenlos zum Download zur Verfügung stehen oder gegen eine geringe Schutzgebühr bestellt werden können.

Ausführliche Informationen zur Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ sowie zu deren Bestellmöglichkeit finden sich unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/ausstellung2014.

BITTE BEACHTEN

Alle Fotos, Audiodokumente und Texte sowie die Gestaltung der Ausstellung sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nicht ohne Zustimmung der Rechteinhaber reproduziert, verändert oder anderweitig verbreitet werden. Die Rechteinhaber der Fotos werden jeweils in den Bildlegenden benannt.

Sie haben Fragen zur oder Kritik an der Ausstellung? Oder haben wir – trotz all unserer Sorgfalt bei der Recherche und Lizenzierung der in der Ausstellung verwendeten Dokumente – Ihre Urheber- und/oder Verwertungsrechte nicht berücksichtigt? Bitte wenden Sie sich an ausstellung2014@bundesstiftung-aufarbeitung.de